

Wößmann, Ludger; Lergetporer, Philipp; Kugler, Franziska; Werner, Katharina

Article

Was die Deutschen über die Bildungspolitik denken – Ergebnisse des ersten ifo Bildungsbarometers

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Wößmann, Ludger; Lergetporer, Philipp; Kugler, Franziska; Werner, Katharina (2014) : Was die Deutschen über die Bildungspolitik denken – Ergebnisse des ersten ifo Bildungsbarometers, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 67, Iss. 18, pp. 16-33

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/165484>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Was die Deutschen über die Bildungspolitik denken – Ergebnisse des ersten ifo Bildungsbarometers*

16

Ludger Wößmann, Philipp Lergetporer, Franziska Kugler und Katharina Werner

Die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung ist für einen verpflichtenden Kindergartenbesuch, für eine Abschaffung der Kindergartengebühren, für ein Ganztagschulsystem für alle Kinder bis 15 Uhr, für deutschlandweit einheitliche Abschlussprüfungen im Abitur – und findet es wichtig, dass Deutschland beim PISA-Test gut abschneidet. Gleichzeitig ist eine deutliche Mehrheit gegen die Abschaffung von Schulnoten, gegen höhere Lehrergehälter und gegen die Verbeamtung von Lehrern. Die Deutschen sprechen sich auch mehrheitlich dafür aus, die staatlichen Ausgaben für Schulen zu erhöhen – aber es ist nur noch eine Minderheit, wenn auf die Notwendigkeit der Steuererhöhung für die staatliche Finanzierung hingewiesen wird. Eine relative Mehrheit gegen Studiengebühren verwandelt sich ebenfalls in eine relative Minderheit, sobald sie über den Einkommensunterschied von Personen mit und ohne Studium informiert wird. Wenn die Studiengebühren erst nach dem Studium und erst ab einem gewissen Jahreseinkommen zurückgezahlt werden müssen, ist sogar eine deutliche Mehrheit dafür. Mehrheiten finden sich auch gegen das Betreuungsgeld und gegen das G8, aber für Leistungszulagen für in Problemschulen unterrichtende Lehrkräfte und für die Einführung von zweijährigen Ausbildungsberufen. Nach Ansicht der meisten Deutschen sollten Arbeitgeber und Staat mehr für Fort- und Weiterbildung ausgeben – nicht aber die Personen selbst. Und nahezu alle sind der Meinung, dass gute Schülerleistungen für den zukünftigen Wohlstand unseres Landes wichtig sind. Dies und mehr geht aus dem ersten ifo Bildungsbarometer hervor, einer repräsentativen Meinungsumfrage der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland.

Was denken die Deutschen über die Bildungspolitik? Sind sie für oder gegen Betreuungsgeld, kleinere Schulklassen, Inklusion, Ganztagschule, frühe Aufteilung zwischen Schularten, G8, Deutschlandabitur, Studiengebühren und weitere Akademisierung? Sollten mit sinkenden Schülerzahlen auch die Lehrerstellen sinken? Sollten zusätzliche Mittel eher in die frühkindliche Bildung, die Schulen, die Berufsausbildung oder die Universitäten fließen? Antworten auf diese Fragen sind nicht nur für sich genommen interessant. Sie sind auch relevant für die Akzeptanz und Umsetzbarkeit bildungspolitischer Reformen.

Öffentliche Meinung und Reformfähigkeit im politischen Prozess

Seit dem PISA-Schock von 2001 sind hierzulande einige Veränderungen zu beobachten: eine empirische Wende in den Bildungswissenschaften, eine stärkere Evidenzorientierung in der Bildungspolitik und zumeist auch eine Entideologisierung der bildungspolitischen Debatten. Gleichwohl sind bei vielen Reformbemühungen nur begrenzte Fortschritte oder aber deutliche Widerstände zu erkennen. Dafür gibt

es sicherlich zahlreiche Gründe, die zum Teil in den Besonderheiten jeder einzelnen Reformbemühung zu finden sind.

Aus politökonomischer Sicht könnte aber ein wichtiger übergreifender Grund für die Diskrepanz zwischen politischem Bewusstsein und Handeln im Zusammenspiel politischer Kräfte mit öffentlichen Meinungen liegen. Politiker können nicht uneingeschränkt das tun, was sie für das Richtige halten – quasi eine wie auch immer geartete »soziale Wohlfahrtsfunktion« maximieren. Sie müssen sich Wahlen stellen. Die Wähler haben aber ihre eigenen Meinungen und Interessen, und diese können sich zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen

* Der Artikel ist im Rahmen des im ifo Zentrum für Bildungs- und Innovationsökonomik bearbeiteten SAW-Projekts »Die politische Ökonomie der Bildungspolitik: Erkenntnisse aus einer Meinungsumfrage« entstanden. Wir danken der Leibniz-Gemeinschaft für die finanzielle Unterstützung im Leibniz-Wettbewerb für die Jahre 2014–2016, Guido Schwerdt für die Unterstützung von Antrag und Projekt, den Mitgliedern des Wissenschaftlichen Beirats des Projekts – Marius Busemeyer, Olaf Köller, Kerstin Martens, Beatrice Rammstedt und Stefan Wolter –, Natalja Menold, Joachim Winter und den Kollegen im ifo Zentrum für Bildungs- und Innovationsökonomik für Anmerkungen zum Fragebogen sowie TNS Infratest – insbesondere Thomas Gensicke und Sarah Schmidt – für die hervorragende Zusammenarbeit bei der Durchführung der Meinungsumfrage.

deutlich unterscheiden. Das macht es der Politik und der Verwaltung häufig schwer, Reformen umzusetzen, die sie als vorteilhaft für die Gesellschaft ansehen. Als Beispiel dafür können wesentliche Teile der Hamburger Schulreform von 2010 angesehen werden, die von allen vier in der Hamburger Bürgerschaft vertretenen Parteien einstimmig beschlossen, aber letztlich durch einen Volksentscheid verhindert wurden. Die spezifischen (Eigen-)Interessen von Wählern, Politikern und Verwaltung machen die Steuerung der Bildungspolitik zu einem hoch komplexen Entscheidungsprozess.¹

Damit stellt sich für die Akzeptanz und Umsetzbarkeit von Reformen auch eine weitere Frage: Was beeinflusst die öffentliche Meinung zur Bildungspolitik? Kann die Politik die Ansichten der Bevölkerung beispielsweise durch Informationskampagnen über zugrunde liegende Fakten und Zusammenhänge verändern?

Um Antworten auf diese Fragen etwas näher zu kommen, haben wir zwischen April und Juli 2014 eine Meinungsumfrage unter mehr als 4 000 Befragten durchgeführt, die eine repräsentative Stichprobe der Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren darstellen (vgl. Kasten 1 »Methodik der Befragung« für methodische Details).² Mit ihr können wir die Meinungen der deutschen Wahlbevölkerung zu wichtigen Themen der Bildungspolitik abbilden.

Darüber hinaus können wir auch untersuchen, ob sich die Meinungen durch die Bereitstellung von Informationen und Argumenten beeinflussen lassen. Dazu haben wir in unserer Befragung bei einigen Fragen eine methodische Besonderheit eingeführt: Je-

weils einem zufällig ausgewählten Teil der Befragten wurden bestimmte Informationen zur Verfügung gestellt, bevor sie dieselbe Frage beantworten wie der andere Teil der Befragten, der diese Informationen nicht erhalten hat. Aufgrund der zufälligen Aufteilung lassen sich so Aussagen darüber machen, wie die deutsche Bevölkerung mit und ohne Bereitstellung dieser Informationen zu der jeweiligen Frage steht – und somit auch darüber, ob und in welchem Ausmaß sich die angegebene Meinung durch die Bereitstellung der Information verändert.

Bildungspolitik und Bildungsausgaben

Der vorliegende Beitrag stellt erste Ergebnisse des ersten ifo Bildungsbarometers über die Meinung der Bevölkerung

Kasten 1 Methodik der Befragung

Die Befragung für das ifo Bildungsbarometer wurde zwischen April und Juli 2014 von TNS Infratest Sozialforschung durchgeführt. Im Rahmen einer repräsentativen Stichprobe der Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren wurden 4 171 Personen befragt. Die Ziehung der Stichprobe erfolgte in zwei Teilen: Die Bevölkerung mit privater Internetnutzung (75%) wurde mit Hilfe eines Online-Fragebogens in einem Online-Panel befragt. Die Bevölkerung ohne private Internetnutzung (25%) wurde im Rahmen einer persönlichen Befragung in der Wohnung der Befragten gebeten, den Fragebogen auf einem zur Verfügung gestellten Gerät elektronisch – auf Wunsch mit Unterstützung des Interviewers – auszufüllen. Um eine repräsentative Abbildung der gesamten deutschen Bevölkerung sicherzustellen, wurden die Beobachtungen anhand der amtlichen Statistik nach Alter, Geschlecht, Bundesland, Schulabschluss und Gemeindegrößenklasse gewichtet.

Eine methodische Besonderheit der Befragung besteht darin, dass die Befragten bei einigen Fragen per Zufall auf zwei bis vier unterschiedliche Teilgruppen aufgeteilt wurden. Diese Teilgruppen erhielten die Frage dann jeweils in einer anderen Version, zum Beispiel mit und ohne Bereitstellung von Informationen über tatsächliche Ausgabenniveaus wie in den Abbildungen 3 und 5. Aufgrund der ausreichenden Stichprobengröße lassen sich so auch Aussagen über die Meinungen der deutschen Bevölkerung in diesen jeweiligen Teilgruppen machen.

Wie sicher von einer repräsentativen Umfrage auf die Gesamtbevölkerung geschlossen werden kann, lässt sich anhand von statistischen Wahrscheinlichkeiten angeben. Da der Stichprobenumfang in der vorliegenden Studie vergleichsweise groß ist, liegt der Fehlerbereich für Fragen, die allen Befragten gestellt wurden, nur zwischen rund 1 und 1,5 Prozentpunkten. Das heißt, wenn z.B. 50% der Befragten einer Frage zustimmen, liegt der wahre Wert der Zustimmung in der Gesamtbevölkerung mit 95%iger Wahrscheinlichkeit zwischen 48,5% und 51,5%. Bei der Betrachtung von Teilgruppen mit geringeren Fallzahlen ist der Fehlerbereich etwas größer – beispielsweise 2–3 Prozentpunkte bei Fragen, die von einer zufälligen Teilgruppe von gut 1 000 Befragten beantwortet werden.

Personen, die zu einer Frage keine Angabe machen, werden in der vorliegenden Auswertung nicht berücksichtigt. Dieser Anteil der Personen ohne Angabe ist bei allen Meinungsfragen des ifo Bildungsbarometers sehr klein: Im Durchschnitt liegt er bei nur 1%, bei keiner Frage erreicht er 2% (einzige Ausnahme sind die Fragen im unteren Teil von Abbildung 12, bei denen er 2,9% erreicht).

Um die Ergebnisse übersichtlich zu präsentieren, sind in den Abbildungen bei Zustimmungsfragen die Antwortkategorien in der Reihenfolge »sehr dafür«, »eher dafür«, »weder dafür noch dagegen« »eher dagegen« und »sehr dagegen« angegeben. Im Fragebogen wurde jedoch die Kategorie »weder dafür noch dagegen« stets als letzte Antwortmöglichkeit der Liste präsentiert.

Im vorliegenden Text und in den Abbildungen werden Prozentwerte berichtet, die auf den jeweils nächsten Prozentpunkt gerundet sind. Aufgrund der Rundungen kann die Summe der berichteten Prozentanteile von 100 abweichen. Ebenso kann die tatsächliche Summe mehrerer Anteile leicht von der Summe der berichteten gerundeten Werte abweichen.

¹ Klassische Beiträge zur modernen politischen Ökonomie modellieren den politischen Prozess als Wettbewerb um Wählerstimmen und um Unterstützung von Interessengruppen (vgl. etwa Buchanan und Tullock 1962; Olson 1965). Aktuelle Forschung zur politischen Ökonomie der Bildung behandelt insbesondere Themen der Bildungsfinanzierung, der relativen Rolle von Markt und Staat sowie möglicher Zielkonflikte zwischen Wachstum und Ungleichheit (vgl. Gradstein, Justman und Meier 2005; Glomm, Ravikumar und Schiopu 2011). Empirische Studien zur Rolle der öffentlichen Meinung in der politischen Ökonomie der Bildungspolitik liefern Cattaneo und Wolter (2009) für die Schweiz und verschiedene Studien von Bussemeyer und Koautoren für den internationalen Vergleich (vgl. etwa Bussemeyer und Trampusch 2012).

² Das Projekt wird in Kooperation mit Politikwissenschaftlern des Program of Education Policy and Governance (PEPG) der Harvard Universität durchgeführt, deren langjährige Erfahrungen mit bildungspolitischen Meinungsbefragungen in den USA (vgl. etwa Howell, West und Peterson 2007; Henderson, Howell und Peterson 2014) in die Entwicklung unseres Fragebogens eingeflossen sind.

zu Bildung und Bildungspolitik vom vorschulischen Alter über Schulen und Berufsausbildung bis hin zu Studium und Weiterbildung vor. Bevor wir zu Fragen der einzelnen Bildungsphasen kommen, betrachten wir einige übergreifende Fragen zu Bildungspolitik und Bildungsausgaben.

Beurteilung der Bildungspolitik

Eine erfolgreiche Bildungspolitik ist der deutschen Bevölkerung ein wichtiges Anliegen: Über drei Viertel (79%) der Bevölkerung geben an, dass es ihrer Meinung nach (sehr oder eher) wichtig ist, dass deutsche SchülerInnen bei internationalen Tests von Schülerleistungen im Vergleich zu anderen Ländern gut abschneiden (vgl. Abb. 1).

Da in den Medien und Schulen in letzter Zeit häufig behauptet wird, die Bevölkerung sei »PISA-müde«, haben wir einem Teil der Befragten die Frage in leicht geänderter Fassung gestellt: Statt von »internationalen Tests von Schülerleistungen« zu sprechen, sprechen wir explizit vom »internationalen PISA-Test«. Trotz der angeblichen PISA-Müdigkeit der Bevölkerung ändert dies die Einschätzung nicht wesentlich: 73% der Bevölkerung finden es (sehr oder eher) wichtig, dass Deutschland beim PISA-Test im Vergleich zu anderen Ländern gut abschneidet.

Der Anteil, der ein gutes Abschneiden bei internationalen Tests für wichtig hält, ändert sich ebenfalls kaum (79%) bei dem weiteren Teil der Befragten, der explizit nach der Wichtigkeit »für den zukünftigen Wohlstand unseres Landes« gefragt wird. Allerdings steigt dabei der Anteil, der die Schülerleistungen für »sehr« (und nicht nur »eher«) wichtig hält, von 25% auf 31%.

Fragt man einen vierten Teil der Befragten in einer weiteren Fragevariante schließlich allgemeiner nach guten Schülerleistungen (ohne Hinweis auf internationale Tests), so halten sage und schreibe 97% der Bevölkerung gute Schülerleistungen für (sehr oder eher) wichtig für den zukünftigen Wohlstand unseres Landes, und mehr als zwei Drittel (70%) halten sie sogar für sehr wichtig. An Bewusstsein für die große wirtschaftliche Bedeutung guter Bildung (vgl. etwa Hanushek und Wößmann 2012) mangelt es in der deutschen Bevölkerung also nicht.

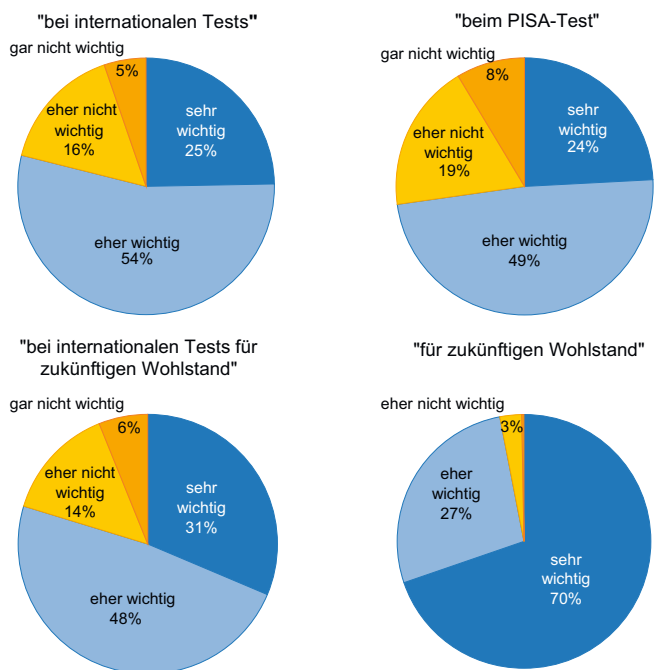
Insofern ist es bemerkenswert, dass die Bevölkerung die Bildungspolitik relativ schlecht bewertet (vgl. Abb. 2). Nur 1% der Deutschen würde der Bildungspolitik in ihrem

Bundesland insgesamt die Schulnote 1 geben. Über die Hälfte der Bevölkerung erteilt der Bildungspolitik lediglich die Schulnote 3, ein knappes Viertel benotet sie sogar schlechter. Allerdings gibt es bei dieser Frage gewisse regionale Unterschiede: Während die Vergabe der Note 1 kaum variiert, geben 31% der Bayern der Bildungspolitik in ihrem Bundesland die Note 2, aber nur 17% der Einwohner in Nordrhein-Westfalen. Zwischen den restlichen westlichen und den östlichen Bundesländern findet sich hingegen kaum ein Unterschied in der Benotung der Landesbildungspolitik. Insgesamt scheint es nach Ansicht der Bevölkerung aber überall deutlich Raum für Verbesserungen in der Bildungspolitik zu geben.

Ausgaben im Schulsystem

Dass gute Bildung der deutschen Bevölkerung wichtig ist, spiegelt sich auch in der Bereitschaft zu Ausgabenerhöhungen im Bildungsbereich wider. So sind über zwei Drittel (71%) der Meinung, die staatlichen Ausgaben für Schulen sollten steigen (vgl. Abb. 3).

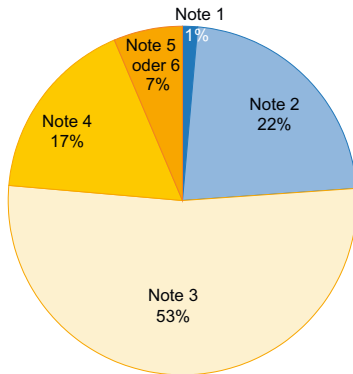
Abb. 1
Wie wichtig sind gute Schülerleistungen?
Sie sind den Deutschen sehr wichtig – gerade für den zukünftigen Wohlstand



Jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:
bei internationalen Tests [für zukünftigen Wohlstand] Deutsche Schülerinnen und Schüler nehmen regelmäßig an internationalen Tests von Schülerleistungen teil. Wie wichtig ist es Ihrer Meinung nach [für den zukünftigen Wohlstand unseres Landes], dass Deutschland bei diesen Tests im Vergleich zu anderen Ländern gut abschneidet?
beim PISA-Test Deutsche Schülerinnen und Schüler nehmen regelmäßig am internationalen PISA-Test teil. Wie wichtig ist es Ihrer Meinung nach, dass Deutschland beim PISA-Test im Vergleich zu anderen Ländern gut abschneidet?
für zukünftigen Wohlstand Wie wichtig sind Ihrer Meinung nach gute Schülerleistungen für den zukünftigen Wohlstand unseres Landes?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014.

Abb. 2
Welche Note geben die Deutschen der Bildungspolitik?
 Die Mehrheit gibt nur eine 3



Frage:
 Ganz allgemein gefragt: Welche Schulnote würden Sie der Bildungspolitik in Ihrem Bundesland insgesamt geben?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014.

Diese Zustimmungsrate verringert sich allerdings deutlich auf 50% in der Teilgruppe der Befragten, die vor der Beantwortung der Frage darüber informiert wurde, dass die durchschnittlichen Bildungsausgaben pro SchülerIn jährlich 6 400 Euro betragen (Datenquelle: Statistisches Bundesamt 2013). Interessant ist dabei eine Betrachtung des ursprünglichen Informationsstandes der Bevölkerung. Dazu wurden die TeilnehmerInnen unabhängig von dieser Frage und deutlich vorher im Fragebogen gebeten zu schätzen, wie viel durchschnittlich jedes Jahr pro SchülerIn an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen ausgegeben wird. Es zeigt sich, dass der Großteil der Befragten (77%) das tatsächliche Ausgabenniveau deutlich (um mehr als 1 000 Euro) unterschätzt. Diese Befragten wurden also von der tatsächlichen Höhe der Ausgaben überrascht. Dementsprechend fällt bei ihnen der Rückgang der Zustimmung zu Ausgabenerhöhungen aufgrund der Informationsbereitstellung mit 24 Prozentpunkten auch weit deutlicher aus als bei denen, die das Ausgabenniveau überschätzt hatten (8 Prozentpunkte).³ Das Ausmaß, in dem der Hinweis auf das tatsächliche Ausgabenniveau Meinungen beeinflusst, hängt also deutlich vom ursprünglichen Informationsstand der Befragten ab.

Besonders niedrig fällt die Zustimmung zur Erhöhung staatlicher Ausgaben für Schulen in der Teilgruppe der Befragten aus, die in

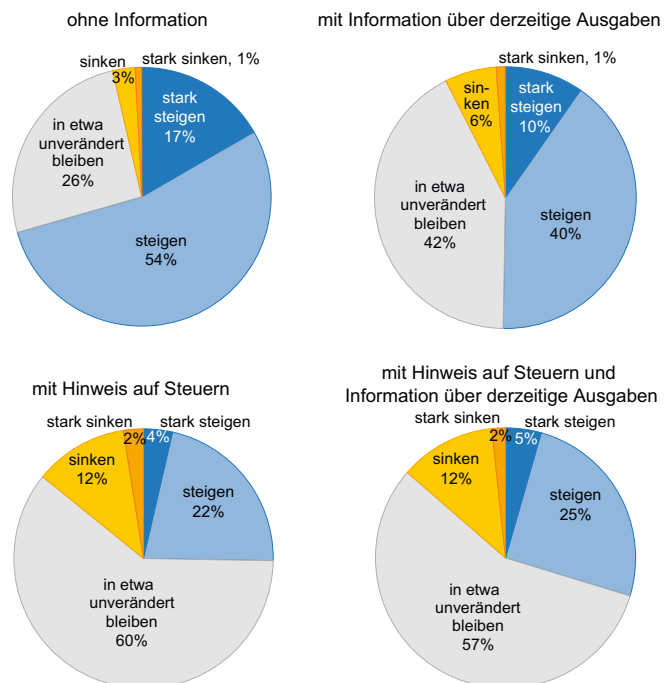
³ An diesen Werten ändert sich kaum etwas, wenn man die Unter- bzw. Überschätzung nicht mit einem Bereich von 1 000 Euro, sondern alternativ mit 10% oder 20% der tatsächlichen Ausgaben berechnet.

der Frage explizit auf die Notwendigkeit von Steuererhöhungen für zusätzliche Staatsausgaben hingewiesen wurde: Nur ein Viertel findet, dass Steuern für die Finanzierung von Schulen steigen sollten. Wird der Hinweis auf Steuererhöhungen mit Informationen zur Höhe der Bildungsausgaben kombiniert, hat die zusätzliche Ausgabeninformation keinen wesentlichen zusätzlichen Effekt. Es ist bemerkenswert, dass sich eine deutliche Mehrheit für staatliche Ausgabenerhöhungen für Schulen in eine deutliche Minderheit verwandelt, sobald die Notwendigkeit von Steuerfinanzierung deutlich gemacht wird.⁴

Als nächstes gehen wir der Frage nach, wofür zusätzliche Ausgaben im Schulsystem nach Meinung der Deutschen gegebenenfalls eingesetzt werden sollten. Zunächst geben wir drei Antwortmöglichkeiten vor: Schulklassen verklei-

⁴ Interessanterweise ist die Zustimmung zu steigenden Bildungsausgaben ohne weitere Information bei Personen über dem mittleren Einkommen signifikant höher (76%) als bei Personen bis zu einem mittleren Einkommen (66%). Dieser Unterschied wird aber wesentlich geringer und statistisch insignifikant, sobald auf das derzeitige Ausgabeniveau oder die Steuerfinanzierung hingewiesen wird.

Abb. 3
Sollten die staatlichen Ausgaben für Schulen steigen?
 Information über Ausgabenniveau und Hinweis auf Steuerfinanzierung senken die Zustimmung deutlich



Jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:
ohne Information [mit Information über derzeitige Ausgaben] [Die staatlichen Bildungsausgaben in Deutschland betragen im Durchschnitt jährlich 6 400 Euro pro Schülerin/Schüler.] Sollten die staatlichen Ausgaben für Schulen in Deutschland Ihrer Meinung nach steigen, sinken oder unverändert bleiben?

mit Hinweis auf Steuern [und Information über derzeitige Ausgaben] [Die staatlichen Bildungsausgaben in Deutschland betragen im Durchschnitt jährlich 6 400 Euro pro Schülerin/Schüler.] Sollten Steuern für die staatliche Finanzierung von Schulen in Deutschland Ihrer Meinung nach steigen, sinken oder unverändert bleiben?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014.

nen, Lehrergehälter erhöhen oder neue Schulbücher, Computer und andere Lehrmittel anschaffen. Können sich die Befragten für mehrere dieser Möglichkeiten aussprechen, sind drei Viertel (75%) dafür, mehr Geld für die Verkleinerung von Klassengrößen einzusetzen (vgl. Abb. 4). Die Anschaffung neuer Lehrmittel wie Schulbücher und Computer befrworten 53%, eine Erhöhung von Lehrergehältern hingegen nur 14%.

Um deutlich zu machen, dass verschiedene Verwendungen der zusätzlichen Mittel zueinander in Konkurrenz stehen, musste sich eine andere Teilgruppe der Befragten für nur eine der drei Möglichkeiten entscheiden. In diesem Fall sinkt die Zustimmung für kleinere Schulklassen auf 64%, die für zusätzliche Lehrmittel auf 32% und die für höhere Lehrergehälter auf 4%. Eine sehr deutliche Mehrheit der deutschen Bevölkerung zieht also kleinere Klassen den anderen Ausgabenmöglichkeiten im Schulsystem vor. Das ist insofern bemerkenswert, als Klassenverkleinerungen zwar mit sehr hohen Kosten verbunden sind, nach vorliegenden umfangreichen Forschungsergebnissen aber zumeist nicht systematisch mit besseren Schülerleistungen einhergehen.⁵

Um die tatsächlichen Abwägungen deutlich zu machen, haben wir eine weitere Teilgruppe der Befragten darauf hingewiesen, wie viel man mit derselben Ausgabensumme von den verschiedenen Verwendungsmöglichkeiten kaufen könnte. Konkret erfahren diese Befragten, dass eine Verkleinerung der Schulklassen um drei SchülerInnen in etwa so viel kosten würde, wie die Lehrergehälter um 15% zu erhöhen oder neue Lehrmittel im Wert von jährlich 20 000 Euro für jede Klasse anzuschaffen. Dieser Hinweis verringert die Zustimmung zu Klassenverkleinerungen deutlich von 64% auf 48%, wohingegen die Zustimmung für zusätzliche Lehrmittel von 32% auf 46% ansteigt. Informationen über die Kosten der einzelnen Maßnahmen haben also bedeutende Auswirkungen auf deren Akzeptanz.

Wird bei dieser Fragestellung die Möglichkeit, in Schulgebäude zu investieren, als vierte Option hinzugefügt, so sprechen sich 10% für diese Option aus. Als Folge sind nur mehr 40% für kleinere Klassen, aber 44% für zusätzliche Lehrmittel. Es wird deutlich, dass die Zustimmung zu kleineren Klassen zunehmend sinkt, je mehr die Bevölkerung

auf alternative Verwendungsmöglichkeiten der Mittel hingewiesen wird.

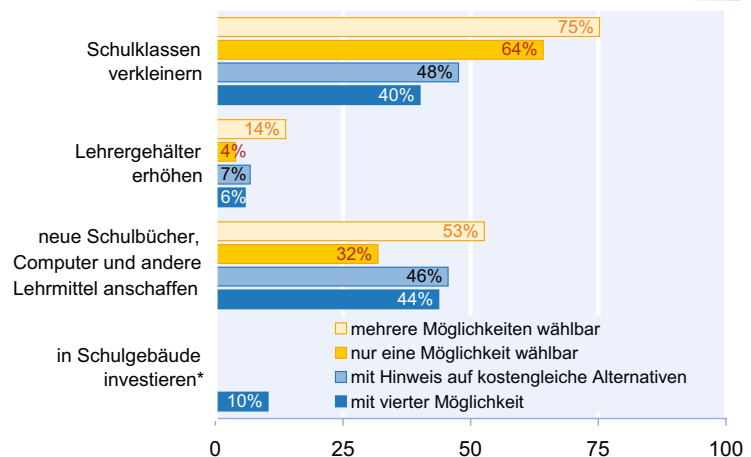
Ausgaben für unterschiedliche staatliche Aufgaben und Bildungsbereiche

Bildungsausgaben sind der deutschen Bevölkerung im Vergleich zu anderen staatlichen Aufgabenbereichen besonders wichtig. So sind 71% der Befragten der Meinung, dass der Staat im Vergleich zu heute zukünftig mehr Geld für Bildung ausgeben sollte (vgl. Abb. 5). Rund die Hälfte wünscht sich Ausgabenerhöhungen in den Bereichen soziale Sicherheit und öffentliche Sicherheit, aber nur 21% sind für höhere Kulturausgaben und 10% für höhere Verteidigungsausgaben. Einem Teil der Befragten wurde mitgeteilt, dass der Anteil der Bildungsausgaben an den gesamten Staatsausgaben in Deutschland geringer ist als in den meisten anderen Industrieländern. Diese Information hatte keinen signifi-

Abb. 4

Wofür sollten zusätzliche Gelder im Schulsystem verwendet werden?

Zustimmung für kleinere Klassen sinkt, wenn kostengleiche Alternativen aufgezeigt werden



Jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:

mehrere Möglichkeiten wählbar Stellen Sie sich vor, die Regierung plant, die Ausgaben für das Schulsystem zu erhöhen. Für welche der folgenden Möglichkeiten sind Sie? Wählen Sie mindestens eine Möglichkeit.

nur eine Möglichkeit wählbar Stellen Sie sich vor, die Regierung plant, die Ausgaben für das Schulsystem zu erhöhen. Für welche der folgenden Möglichkeiten sind Sie?

mit Hinweis auf kostengleiche Alternativen Stellen Sie sich vor, die Regierung plant, die Ausgaben für das Schulsystem zu erhöhen. Die Schulklassen um drei Schülerinnen/Schüler zu verkleinern, würde in etwa so viel kosten, wie die Lehrergehälter um 15% zu erhöhen oder neue Lehrmittel im Wert von jährlich 20 000 Euro für jede Klasse anzuschaffen. Für welche dieser Möglichkeiten sind Sie?

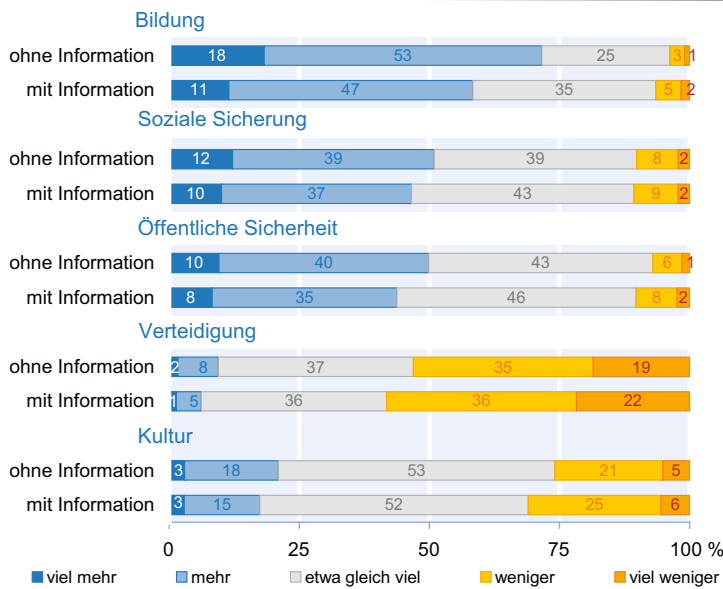
mit vierter Möglichkeit Stellen Sie sich vor, die Regierung plant, die Ausgaben für das Schulsystem zu erhöhen. Die Schulklassen um drei Schülerinnen/Schüler zu verkleinern, würde in etwa so viel kosten, wie die Lehrergehälter um 15% zu erhöhen, neue Lehrmittel im Wert von jährlich 20 000 Euro für jede Klasse anzuschaffen oder dieselbe Summe in Schulgebäude zu investieren. Für welche dieser Möglichkeiten sind Sie?

* Diese Antwortmöglichkeit stand nur einem Teil der Befragten zur Verfügung.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014.

⁵ Für Überblicksartikel vgl. etwa Hanushek (2003) und Hanushek und Wößmann (2011).

Abb. 5
Wie sollten sich die staatlichen Ausgaben entwickeln?
 Auch bei Information über derzeitige Niveaus möchte die Mehrheit höhere Ausgaben für Bildung, nicht aber für andere Bereiche



Jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:
ohne Information^{a)} [mit Information] Wie viel sollte der Staat Ihrer Meinung nach zukünftig in den folgenden Bereichen im Vergleich zu heute ausgeben? [In Klammern sehen Sie, wie viel die öffentlichen Haushalte (ohne Sozialversicherung) derzeit pro Jahr für die einzelnen Bereiche ausgeben.] Denken Sie daran, dass höhere Staatsausgaben gegebenenfalls durch Steuererhöhungen finanziert werden müssen.
 [Ausgabenniveaus (in Mrd. Euro): Bildung: 95, Soziale Sicherung: 227, Öffentliche Sicherheit: 38, Verteidigung: 27, Kultur: 10]

a) Einem Teil der Befragten wurde die Frage mit zusätzlichem Hinweis auf die Ausgangssituation in anderen Industrieländern gestellt. Da sich das Antwortverhalten statistisch nicht von der Version ohne Information unterscheidet, wurden diese unter „ohne Information“ zusammengefasst.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014.

kanten Einfluss auf die Meinung der deutschen Bevölkerung zu dieser Frage.

Im Gegensatz dazu fällt die Bereitschaft zu Ausgabenerhöhungen in allen staatlichen Aufgabenbereichen leicht niedriger aus, wenn die Befragten über die Höhe der derzeitigen Ausgaben in den verschiedenen Bereichen informiert werden. Derzeit liegt das Ausgabenniveau für Bildung bei 95 Mrd. Euro, für soziale Sicherung bei 227 Mrd. Euro, für öffentliche Sicherheit bei 38 Mrd. Euro, für Verteidigung bei 27 Mrd. Euro und für Kultur bei 10 Mrd. Euro (Datenquelle: Statistisches Bundesamt 2014b). In der darüber informierten Befragtengruppe wünschen sich 58% zusätzliche Ausgaben für Bildung, 47% für soziale Sicherung, 43% für öffentliche Sicherheit, 18% für Kultur und 6% für Verteidigung.

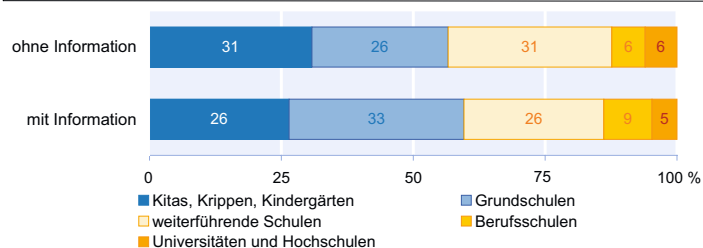
Im Gegensatz zu der Untersuchung von Cattaneo und Wolter (2009) für die Schweiz zeigt sich in Deutschland kein deutlicher Trend, dass die Zustimmung für Bildungsausgaben mit dem Alter abnimmt. Teilt man die Stichprobe in zwei in etwa gleich große Altersgruppen der bis unter und ab 50-Jährigen, so unterscheidet sich die Zustimmung in den beiden Teilgruppen mit 72% und 71% nicht signifikant voneinander. Zwar liegt die Zustimmung bei den mindestens 65-Jährigen mit 69% leicht niedriger, aber der Unterschied zum Rest der Bevölkerung ist nur marginal signifikant. Insgesamt gibt es diesbezüglich also keine stark ausgeprägten systematischen Altersunterschiede in der deutschen Bevölkerung.

Darüber, welcher spezifische Bildungsbereich am ehesten von Ausgabenerhöhungen profitieren sollte, haben die Deutschen sehr unterschiedliche Meinungen. Mit jeweils 31% werden die frühkindliche Bildung und weiterführende Schulen am häufigsten genannt (vgl. Abb. 6). Gut ein Viertel der Befragten (26%) ist für Ausgabenerhöhungen im Grundschulbereich, während sich nur jeweils 6% für Erhöhungen im Berufsschul- und Hochschulbereich aussprechen.⁶

Diese Anteile unterscheiden sich bei den Befragten, die über die derzeitigen jährlichen Ausgabenniveaus in den verschiedenen Be-

⁶ Bei dieser Frage gibt es einen deutlichen Ost-West-Unterschied dergestalt, dass die Befürwortung von Ausgabenerhöhungen in der frühkindlichen Bildung in Ostdeutschland 11 Prozentpunkte höher ist, in den weiterführenden Schulen hingegen 10 Prozentpunkte niedriger.

Abb. 6
Welcher Bildungsbereich sollte von zusätzlichen Geldern profitieren?
 Information über derzeitige Ausgabenniveaus erhöht Zustimmung für Grundschulen



Jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:
ohne Information [mit Information] Nun stellen Sie sich vor, dass der Staat eine Erhöhung der Bildungsausgaben plant. [In Klammern sehen Sie, wie hoch derzeit die Ausgaben je Kind, Schülerin/Schüler bzw. Studierenden pro Jahr sind.] Wenn nur ein Bildungsbereich von dieser Erhöhung profitieren könnte, welcher Bereich sollte das Ihrer Meinung nach sein?
 [Ausgabenniveaus (in Euro): Kitas, Krippen, Kindergärten: 6 100, Grundschulen: 5 200, weiterführende Schulen: 7 000, Berufsschulen: 4 000, Universitäten und Hochschulen: 8 300]

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014).

reichen informiert werden: Derzeit werden 6 100 Euro je Kind in Kindertagesstätten, Krippen und Kindergärten, 5 200 Euro je SchülerIn in Grundschulen, 7 000 Euro je SchülerIn in weiterführenden Schulen, 4 000 Euro je SchülerIn in Berufsschulen und 8 300 Euro je Studierenden an Universitäten und Hochschulen ausgegeben (Datenquelle: Statistisches Bundesamt 2013; 2014a). Über diese Ausgabenniveaus informiert, sind die meisten Befragten (33%) für Ausgabenerhöhungen im Grundschulbereich, während jeweils noch in etwa ein Viertel (26%) dafür ist, zusätzliche Mittel in frühkindliche Bildung und weiterführende Schulen zu investieren. Die Zustimmung zu einer Ausweitung der Berufsschul- und Hochschulfinanzierung bleibt auch mit Kosteninformation relativ gering. Tendenziell scheinen die Befragten also für eine Angleichung der Ausgaben in den verschiedenen Bildungsbereichen zu sein.

Was sind nun die Bildungsthemen, die der deutschen Bevölkerung persönlich wichtig sind? Aus einer bereitgestellten Liste mit 16 Themen wurden Klassengrößen (50%), Kindergärten/Krippen/Tagesstätten (43%), Berufsausbildung/Berufsschulen/Lehre (42%), Ganztagschule (37%), Fort- und Weiterbildung im Erwachsenenalter (34%) und Computer in der Schule (33%) besonders häufig erwähnt. Die Schlusslichter waren Entlohnung und Verbeamtung von LehrerInnen (14%) und Akademisierungswahn (13%).⁷ Was die Bevölkerung zu diesen Themen im Einzelnen meint, berichten wir im Folgenden.

Kindergärten und frühkindliche Bildung

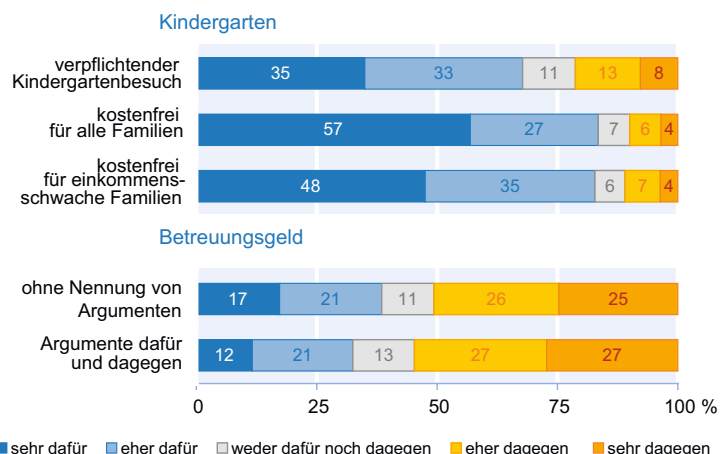
Für die meisten deutschen Kinder ist der Besuch des Kindergartens oder einer anderen frühkindlichen Einrichtung der erste Kontakt mit dem formalen Bildungssystem. Derzeit steht es den Eltern frei, ob ihre Kinder in den Kindergarten gehen oder nicht. Eine deutliche Mehrheit der Deutschen (68%) spricht sich jedoch (sehr oder eher) dafür aus, dass die Teilnahme am Kindergarten für Kinder ab einem gewissen Alter verpflichtend sein sollte (vgl. Abb. 7). Lediglich 21% sprechen sich gegen einen verpflichtenden Kindergartenbesuch aus, 11% sind weder dafür noch da-

⁷ Die weiteren in der Liste bereitgestellten Themen mit einer Zustimmung von jeweils zwischen 20% und 29% waren Betreuungsgeld, gemeinsamer Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung, Sitzenbleiben/Schulnoten, Aufteilung auf verschiedene Schularten, 8-jähriges oder 9-jähriges Gymnasium, Zentralabitur, Universitäten/Hochschulen/Studienbedingungen und Studiengebühren.

gegen. Nach dem Alter befragt, ab dem die Teilnahme am Kindergarten verpflichtend sein sollte, spricht sich die Mehrheit (54%) derer, die für eine Verpflichtung sind, für eine Kindergartenpflicht ab einem Alter von drei Jahren aus.

Auch bezüglich der Finanzierung der Kindergärten ist eine deutliche Mehrheit für eine Änderung des Status quo: 84% der Deutschen sind dafür, dass der Staat die Kindergartengebühren übernimmt, damit alle Kinder ab dem Alter von vier Jahren kostenfrei in den Kindergarten gehen können. Lediglich 10% sind dagegen, 57% sind sogar »sehr« dafür. Dieser Anteil fällt allerdings mit 48% niedriger aus, wenn die Gebühren statt für alle Kinder nur für Kinder aus einkommensschwachen Familien übernommen werden sollen. Dieser Rückgang in der Zustimmung ist allerdings komplett auf Personen mit höheren Einkommen zurückzuführen: Bei Personen bis zu einem mittleren Einkommen verringert sich die

Abb. 7
Was meinen die Deutschen zu Themen der frühkindlichen Bildung?
Deutliche Mehrheit für verpflichtenden und kostenfreien Kindergarten, jedoch nicht für Betreuungsgeld



Frage 1:
Kindergarten – verpflichtender Kindergartenbesuch In Deutschland steht es Eltern derzeit frei, ob ihre Kinder in den Kindergarten gehen oder nicht. Sind Sie für oder gegen eine verpflichtende Teilnahme für Kinder ab einem gewissen Alter?

Frage 2 (jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):
Kindergarten – kostenfrei für alle Familien Wären Sie dafür oder dagegen, dass der Staat die Kindergartengebühren übernimmt, damit alle Kinder ab dem Alter von vier Jahren kostenfrei in den Kindergarten gehen können?

Kindergarten – kostenfrei für einkommensschwache Familien Wären Sie dafür oder dagegen, dass der Staat die Kindergartengebühren für alle Kinder aus einkommensschwachen Familien ab dem Alter von vier Jahren übernimmt, damit diese kostenfrei in den Kindergarten gehen können?

Frage 3 (jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):
Betreuungsgeld – ohne Nennung von Argumenten [Argumente dafür und dagegen] [Manche sagen, dass Eltern, die ihre Kleinkinder privat betreuen, vom Staat finanziell unterstützt werden sollten. Andere sagen, dass ein Krippenbesuch sehr wichtig für die Entwicklung von Kleinkindern ist, besonders wenn sie zu Hause wenig gefördert werden.] Sind Sie dafür oder dagegen, dass Eltern, die ihre Kinder im Alter von zwei bis drei Jahren nicht bei einer Krippe oder Kindertagesstätte anmelden, sondern privat betreuen, vom Staat zusätzlich zum Kindergeld ein Betreuungsgeld erhalten?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014.

Zustimmung nicht in signifikanter Weise, bei Personen über dem mittleren Einkommen geht sie hingegen signifikant von 56% auf 40% zurück. Insgesamt findet sich aber auch für diesen Vorschlag eine unverändert deutliche Zustimmung – 83% sind sehr oder eher dafür.

Weniger einig sind sich die Deutschen bei der Bewertung des Betreuungsgeldes. Dazu wurden sie gefragt, ob sie dafür oder dagegen sind, dass Eltern, die ihre Kinder im Alter von zwei bis drei Jahren nicht bei einer Krippe oder Kindertagesstätte anmelden, sondern privat betreuen, vom Staat zusätzlich zum Kindergeld ein Betreuungsgeld erhalten. 39% der Befragten befürworten das Betreuungsgeld, eine knappe Mehrheit von 51% lehnt es ab (die verbleibenden 11% sind weder dafür noch dagegen). Der Anteil gegen ein Betreuungsgeld steigt leicht auf 55% (und der für ein Betreuungsgeld sinkt auf 33%) bei denjenigen Befragten, die explizit auf wichtige Argumente von Befürwortern und Gegnern eines Betreuungsgeldes hingewiesen wurden. Dazu erhielt dieser Teil der Befragten folgende Aussage: »Manche sagen, dass Eltern, die ihre Kleinkinder privat betreuen, vom Staat finanziell unterstützt werden sollten. Andere sagen, dass Krippenbesuch sehr wichtig für die Entwicklung von Kleinkindern ist, besonders wenn sie zu Hause wenig gefördert werden.«⁸ Gerade, wenn die Argumente beider Seiten bewusst gemacht werden, scheint also eine klare Mehrheit das Betreuungsgeld abzulehnen.

Schulen

Zahlreiche Fragen des ifo Bildungsbarometers sind der Meinung der deutschen Bevölkerung zu Reformvorhaben im Schulbereich gewidmet. Sie beschäftigen sich mit Themen des Unterrichts, der Struktur des Schulsystems sowie der allgemeinen Bewertung der Schulen in Deutschland.

Unterricht

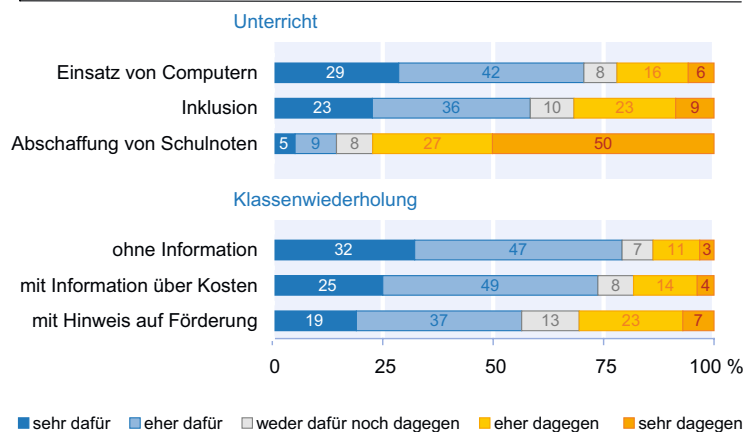
Computer und das Internet haben viele Bereiche des Lebens grundlegend verändert. Viele Experten meinen, dass sie auch den Schulunterricht fundamental verändern könnten, wobei Deutschland insgesamt auf diesem Weg noch nicht besonders weit vorangeschritten zu sein scheint. Aber eine deutliche Mehrheit der deutschen Bevölkerung

spricht sich für einen verstärkten Einsatz von Computern im Unterricht aus. 71% der Befragten sind dafür, dass sich SchülerInnen den Lernstoff im Unterricht häufiger selbständig am Computer erarbeiten sollten (vgl. Abb. 8).

Ein weiteres viel diskutiertes Thema der Schulpolitik ist die Inklusion, der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung. Die Deutschen stehen diesem Thema eher positiv gegenüber: 59% der Befragten sprechen sich dafür aus, SchülerInnen mit und ohne Behinderung oder Lernschwäche gemeinsam in einer Schulklasse zu unterrichten.

Mit seiner Forderung nach einer Abschaffung von Schulnoten und Sitzenbleiben ist der Publizist Richard David Precht jüngst auf breite Resonanz gestoßen. Aktuell wurden in Schleswig-Holstein die Ziffernnoten an Grundschulen abge-

Abb. 8
Was denkt die Bevölkerung über das Schulsystem?
Klare Zustimmung zu Einsatz von Computern, Inklusion, Schulnoten und Sitzenbleiben



Frage 1:
Unterricht – Einsatz von Computern Sind Sie dafür oder dagegen, dass Schülerinnen und Schüler sich den Unterrichtsstoff im Unterricht häufiger selbständig am Computer erarbeiten?

Frage 2:
Unterricht – Inklusion Sind Sie dafür oder dagegen, dass Kinder mit und ohne Behinderung oder Lernschwäche gemeinsam in einer Schulklasse unterrichtet werden?

Frage 3:
Unterricht – Abschaffung von Schulnoten Sind Sie dafür oder dagegen, dass Schulnoten abgeschafft werden?

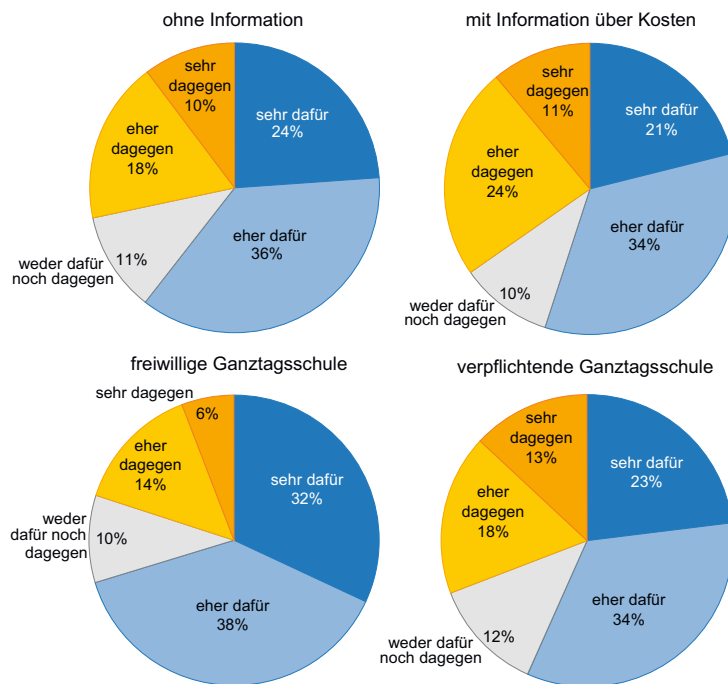
Frage 4 (jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):
Klassenwiederholung – ohne Information^{a)} [mit Information über Kosten] [mit Hinweis auf Förderung] [Laut einer Studie kosten Klassenwiederholungen insgesamt fast 1 Mrd. Euro pro Jahr.] {Manche sagen, Schülerinnen und Schüler mit schlechten Leistungen sollten die Klasse wiederholen. Andere sagen, sie sollten die Klasse nicht wiederholen, sondern stattdessen individuell gefördert werden.} Sind Sie dafür oder dagegen, dass Schülerinnen und Schüler mit schlechten Leistungen die Klasse wiederholen müssen?

^{a)} Einem Teil der Befragten wurde die Frage mit dem zusätzlichen Hinweis auf die Anzahl der jährlichen Klassenwiederholungen gestellt. Da sich das Antwortverhalten statistisch nicht von der Version ohne Information unterscheidet, wurden diese unter „ohne Information“ zusammengefasst.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014.

⁸ Zwei weitere Teilgruppen, die jeweils eines dieser beiden Argumente allein erhalten haben, weichen nicht signifikant von der Teilgruppe ohne Nennung von Argumenten ab.

Abb. 9

Soll Deutschland zu einem Ganztagschulsystem wechseln?
 Deutliche Zustimmung für Schulzeit bis 15 Uhr für alle


Jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:

ohne Information [mit Information über Kosten] [In Deutschland flächendeckend Ganztagschulen anzubieten, würde gut 9 Mrd. Euro im Jahr kosten.] Sind Sie dafür oder dagegen, dass Deutschland generell zu einem Ganztagschulsystem wechselt, in dem alle Kinder bis 15 Uhr in der Schule sind?

freiwillige Ganztagschule Sind Sie dafür oder dagegen, dass Deutschland generell zu einem Ganztagschulsystem wechselt, in dem alle Kinder die Möglichkeit haben, bis 15 Uhr in der Schule zu bleiben?

verpflichtende Ganztagschule Sind Sie dafür oder dagegen, dass Deutschland generell zu einem Ganztagschulsystem wechselt, in dem alle Kinder verpflichtet sind, bis 15 Uhr in der Schule zu bleiben?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014.

schaft, in der Diskussion ist auch eine Abschaffung in darüber hinausgehenden Klassenstufen. Die deutsche Bevölkerung erteilt diesen Reformvorschlägen jedoch eine klare Absage: Mehr als drei Viertel (77%) der Befragten sind gegen die Abschaffung von Schulnoten, die Hälfte ist sogar »sehr« dagegen.

Gleichzeitig spricht sich eine überwiegende Mehrheit von 79% dafür aus, dass SchülerInnen mit schlechten Leistungen die Klasse wiederholen müssen. Die Information, dass Klassenwiederholungen den Staat jährlich fast 1 Mrd. Euro kosten (Datenquelle: Klemm 2009), hat nur wenig Einfluss auf diesen Wert: Auch mit Kosteninformation sind 74% für das Sitzenbleiben. Für Kritiker der Klassenwiederholung besteht die wichtigste Alternative darin, dass SchülerInnen mit schlechten Leistungen individuell gefördert werden sollten. Von den Befragten, die in der Frage explizit auf die individuelle Förderung als Alternative zum Sitzenbleiben hingewiesen werden, sind deutlich weniger für das Sitzenbleiben. Aber selbst in diesem Fall spricht sich immer noch eine klare Mehrheit von 56% für die Beibehaltung

von Klassenwiederholungen aus, nur 30% sind dagegen. Die Ergebnisse zu Schulnoten und Versetzung legen nahe, dass den meisten Deutschen eine klare Leistungsorientierung in den Schulen wichtig ist.

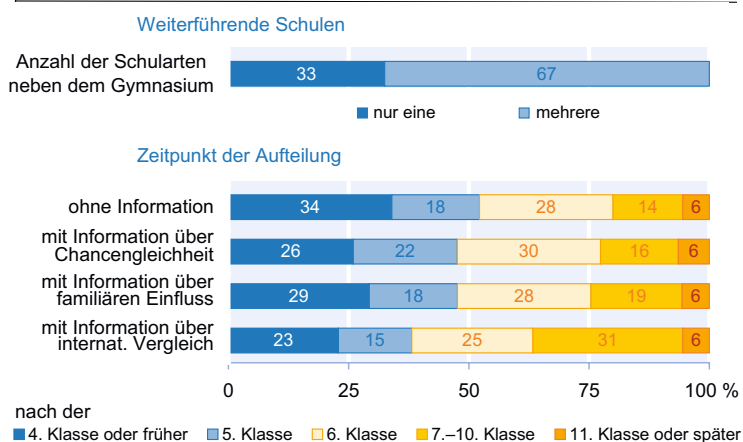
Struktur des Schulsystems

Der Ausbau von Ganztagsklassen und -schulen ist eine der großen Reformanstrengungen im deutschen Schulsystem der letzten Jahre (vgl. etwa Aktionsrat Bildung 2013). Eine flächendeckende Einführung von Ganztagschulen wird von der deutschen Bevölkerung deutlich befürwortet: 60% der Befragten sind dafür, dass Deutschland generell zu einem Ganztagschulsystem wechselt, in dem alle Kinder bis 15 Uhr in der Schule sind (vgl. Abb. 9). Nur 28% lehnen ein Ganztagschulsystem für alle Kinder ab.

Auch wenn man ganz explizit darauf hinweist, dass alle Kinder »verpflichtet« sind, bis 15 Uhr in der Schule zu bleiben, ändert sich diese Zustimmung nicht in signifikanter Weise (57% Zustimmung, 29% Ablehnung). Wird ein Hinweis darauf gegeben, dass das flächendeckende Anbieten von Ganztagschulen gut 9 Mrd. Euro im Jahr kosten würde, so ist die Zustimmungsrate zwar statistisch signifikant niedriger, trotzdem ist eine Mehrheit von 55% für das Ganztagschulsystem (35% Ablehnung). Fragt man statt nach einem System, in dem alle Kinder bis 15 Uhr in der Schule bleiben, nach einem System, in dem alle Kinder *die Möglichkeit haben*, bis 15 Uhr in der Schule zu bleiben, so liegt die Zustimmung noch höher bei 70%, mit einer Ablehnung von 20%.

Die Aufteilung der SchülerInnen auf verschiedene Schularten nach der Grundschule kann wichtige Implikationen für die soziale Gerechtigkeit des Bildungssystems haben. So zeigen wissenschaftliche Studien, dass die Chancengleichheit für Kinder aus sozial schwachen Verhältnissen in Bundesländern mit nur zwei weiterführenden Schularten (Gymnasium und eine weitere Sekundarstufe) höher ist als in Ländern mit mehreren Schularten (vgl. etwa Baumert, Stanat und Watermann 2006). Mehrere Bundesländer haben in den letzten Jahren entsprechend die Anzahl der Schularten auf zwei reduziert. Ungeachtet dessen ist nur ein Drittel (33%) der deutschen Bevölkerung dafür, nur eine weitere Schulart neben dem Gymnasium zu haben (vgl. Abb. 10). Zwei Drittel (67%) meinen, es sollte mehrere Schularten neben dem Gymnasium geben.

Abb. 10
Wann sollten Kinder auf verschiedene Schularten aufgeteilt werden?
 Hinweis auf Ausnahmesituation Deutschlands erzeugt Mehrheit für Aufteilung frühestens nach der 6. Klasse



Frage 1:
Weiterführende Schulen – Anzahl der Schularten Was meinen Sie, sollte es neben dem Gymnasium eine oder mehrere Schularten geben?
Frage 2 (jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):
Zeitpunkt der Aufteilung – ohne Information In den meisten Bundesländern erfolgt die Aufteilung auf verschiedene Schularten nach der 4. Klasse. Wann sollten Kinder Ihrer Meinung nach zwischen Gymnasium und anderen Schularten aufgeteilt werden?
Zeitpunkt der Aufteilung – mit Information über Chancengleichheit (Die Frage "ohne Information" wurde um folgenden Hinweis ergänzt:) Einige Studien finden, dass diese frühe Aufteilung die Chancen von Kindern aus benachteiligten Verhältnissen verringert, ohne dass andere Kinder davon profitieren.
Zeitpunkt der Aufteilung – mit Information über familiären Einfluss (Die Frage "ohne Information" wurde um folgenden Hinweis ergänzt:) Dabei besuchen Kinder aus Akademikerfamilien mit viermal so hoher Wahrscheinlichkeit ein Gymnasium wie Kinder aus Arbeiterfamilien mit demselben schulischen Wissen. Manche argumentieren, dass eine spätere Aufteilung diese Ungleichheit verringern würde.
Zeitpunkt der Aufteilung – mit Information über internationalen Vergleich Deutschland und Österreich sind die einzigen Länder weltweit, in denen die Aufteilung auf verschiedene Schularten schon nach der 4. Klasse erfolgt. Im Großteil der Industrieländer werden die Kinder frühestens nach der 9. oder 10. Klasse aufgeteilt. Wann sollten Kinder Ihrer Meinung nach zwischen Gymnasium und anderen Schularten aufgeteilt werden?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014.

Neben der Anzahl der Schularten ist auch der Zeitpunkt der Aufteilung der SchülerInnen auf verschiedene Schularten nach der Grundschule ein wichtiges Merkmal der Struktur des Schulsystems. Auch der Zeitpunkt der Aufteilung hat wissenschaftlich belegte Auswirkungen auf die Chancengleichheit im Bildungssystem: Eine spätere Aufteilung entkoppelt Schülerleistungen stärker vom familiärem Hintergrund und führt somit zu mehr Gerechtigkeit, ohne das allgemeine Leistungsniveau negativ zu beeinflussen.⁹ Obwohl in den meisten Bundesländern die Aufteilung nach der vierten Klasse erfolgt, ist fast die Hälfte der deutschen Bevölkerung (48%) für eine Aufteilung frühestens nach der sechsten Klasse, und nur 34% sind dafür, die Kinder bereits nach vier Schuljahren oder früher aufzuteilen.

⁹ Vgl. etwa Wößmann (2009) und Pekkarinen (2014) für einen Überblick über wissenschaftliche Studien.

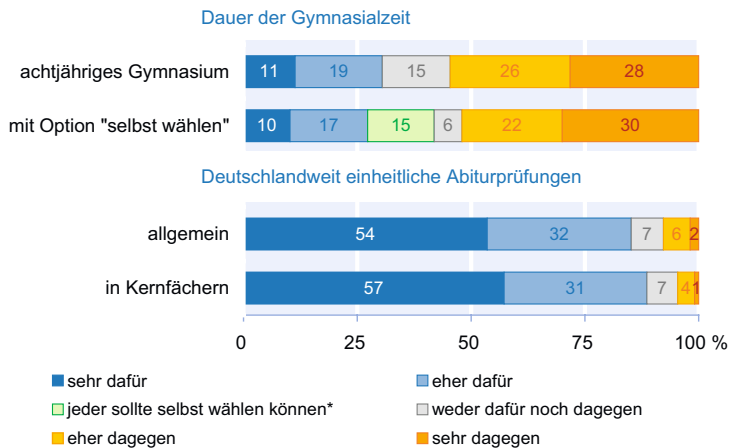
Eine Teilgruppe der Befragten wurde darüber informiert, dass einige Studien finden, dass diese frühe Aufteilung die Chancen von Kindern aus benachteiligten Verhältnissen verringert, ohne dass andere Kinder davon profitieren. In diesem Fall verschiebt sich das Meinungsbild leicht in Richtung einer späteren Aufteilung: 52% sprechen sich hier für eine Aufteilung frühestens nach der sechsten Klasse aus und lediglich 26% für die Mitgliedrigkeit bereits nach der vierten Klasse oder früher. Ähnlich ändert sich das Antwortverhalten, wenn darauf hingewiesen wird, dass die Wahrscheinlichkeit, ein Gymnasium zu besuchen, für Akademikerkinder viermal so hoch ist wie für Kinder aus Arbeiterfamilien mit demselben schulischen Wissen. In diesem Fall sind 52% für eine Aufteilung frühestens nach der sechsten Klasse und 29% für eine Aufteilung nach der vierten Klasse oder früher.

Deutschland und Österreich sind weltweit die einzigen Länder, in denen die Aufteilung bereits nach der vierten Klasse erfolgt. In den meisten industrialisierten Ländern werden alle Kinder bis zur neunten oder zehnten Klasse gemeinsam unterrichtet. Diese Information über den internationalen Vergleich hat einen noch größeren Einfluss auf die Meinung der Befragten: Mit Erwähnung der weltweiten Sonderstellung Deutschlands ist eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung (62%) für eine Aufteilung frühestens nach der sechsten Klasse, und nur 23% sind für eine Aufteilung spätestens nach der vierten Klasse. Gerade bei Information über die Ausnahmesituation Deutschlands besteht also eine deutliche Mehrheit für eine spätere Aufteilung der SchülerInnen auf verschiedene Schularten.

Schließlich hat das ifo Bildungsbarometer auch zwei Themen aus dem Gymnasialbereich aufgegriffen. Die Debatte um die Dauer der Gymnasialzeit spaltet die deutsche Bevölkerung wie kaum ein anderes Bildungsthema. Obwohl die Gymnasialzeit in den meisten Bundesländern von neun auf acht Jahre verkürzt wurde, ist nur eine Minderheit von 30% dafür, dass die SchülerInnen ihr Abitur üblicherweise nach acht Jahren Gymnasium (G8) statt nach neun Jahren Gymnasium (G9) machen (vgl. Abb. 11). Eine Mehrheit der Befragten (55%) spricht sich gegen das G8 aus. Die Zustimmung für ein neunjähriges Gymnasium ist nur marginal höher (33%), wenn das Schlagwort »G8« vermieden und stattdessen gefragt wird, ob SchülerInnen ihr Abitur üblicherweise nach zwölf Schuljahren statt nach dreizehn

Abb. 11

Was denken die Deutschen zu Gymnasialzeit und Abitur? Ablehnung des achtjährigen Gymnasiums, klarer Wunsch nach deutschlandweiten Abiturprüfungen



Frage 1 (jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Dauer der Gymnasialzeit – achtjähriges Gymnasium^{a)} [mit zusätzlicher Antwortoption "Jeder sollte selbst wählen können"] Sind Sie dafür oder dagegen, dass Schülerinnen und Schüler ihr Abitur üblicherweise nach acht Jahren Gymnasium (G8) statt nach neun Jahren Gymnasium (G9) machen?

Frage 2 (jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Deutschlandweit einheitliche Abiturprüfungen – allgemein^{b)} Was meinen Sie, sollten deutschlandweit einheitliche Abschlussprüfungen im Abitur eingeführt werden?

Deutschlandweit einheitliche Abiturprüfungen – in Kernfächern Was meinen Sie, sollte in den Kernfächern Mathematik, Deutsch und Englisch ein Teil der Abituraufgaben deutschlandweit einheitlich sein?

* Diese Antwortoption stand nur bei der Frage zum achtjährigen Gymnasium und hier nur einem Teil der Befragten zur Verfügung.

^{a)} Einem Teil der Befragten wurde die Frage mit zusätzlichem Hinweis auf den Status quo gestellt. Da sich das Antwortverhalten statistisch nicht von der Version ohne Hinweis unterscheidet, wurden diese hier zusammengefasst.

^{b)} Einem Teil der Befragten wurde die Frage mit zusätzlichem Hinweis auf die mangelnde Vergleichbarkeit von Abiturnoten zwischen Bundesländern bzw. deren Relevanz für die Studienplatzvergabe trotz mangelnder Vergleichbarkeit gestellt. Da sich das Antwortverhalten statistisch nicht von der Version ohne Hinweis unterscheidet, wurden diese hier zusammengefasst.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014.

Schuljahren machen sollten. Auch die Information, dass die meisten Bundesländer das Gymnasium in den letzten Jahren von neun auf acht Jahre verkürzt haben und in einigen anderen Bundesländern das Gymnasium seit langem achtjährig ist, verändert die Meinung der Bevölkerung nicht signifikant.

Vor allem in Ostdeutschland gibt es seit jeher das achtjährige Gymnasium. Dementsprechend gibt es auch einen deutlichen Ost-West-Unterschied bei der Meinung zum G8: Während sich im Osten 52% der Befragten für ein achtjähriges Gymnasium aussprechen, sind es im Westen 25%. Unterschiedliche Erfahrungshorizonte scheinen hier zu deutlich unterschiedlichen Meinungsbildern zu führen.

Eine Wahlfreiheit zwischen acht- und neunjährigem Gymnasium findet ebenfalls keinen großen Anklang. Wird diese

zusätzliche Antwortmöglichkeit eingeräumt, so wird diese nur von 15% der Befragten befürwortet, während die Mehrheit (52%) auch in dieser Fragevariante gegen das achtjährige Gymnasium ist.

Regelmäßig wird eine bessere Vergleichbarkeit der Abiturprüfungen zwischen den Bundesländern diskutiert (vgl. etwa Aktionsrat Bildungsrat 2011). Hier ist die Meinung der Deutschen eindeutig: Eine überwältigende Mehrheit von 85% der Bevölkerung ist dafür, deutschlandweit einheitliche Abschlussprüfungen im Abitur einzuführen. Ein Hinweis darauf, dass Studien gezeigt haben, dass selbst bei gleichen Noten die AbiturientInnen in manchen Bundesländern deutlich mehr wissen als in anderen und dass Universitäten gleichzeitig bei der Studienplatzvergabe die Abiturnoten aus allen Bundesländern gleich werten müssen, hat keinen signifikanten Einfluss auf die bereits sehr hohe Zustimmungsrate zu deutschlandweit einheitlichen Abschlussprüfungen im Abitur.

Hingegen fällt die Zustimmung nochmals etwas höher aus (89%), wenn sich die Frage auf einen Teil der Abituraufgaben in den Kernfächern Mathematik, Deutsch und Englisch bezieht statt generell auf die Abschlussprüfungen.

Allgemeine Bewertung der Schulen

Wie schon die Beurteilung der Bildungspolitik insgesamt fällt auch die Bewertung der allgemeinbildenden Schulen in Deutschland

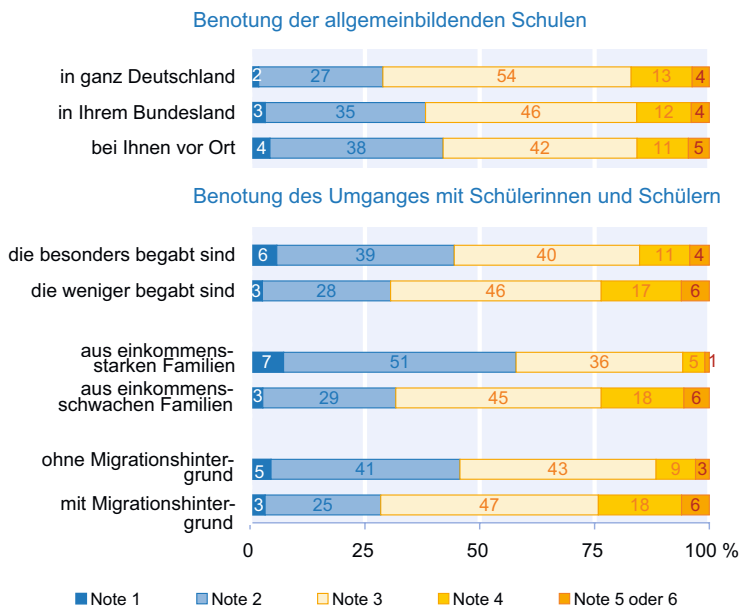
eher mittelmäßig aus. Während 29% der Bevölkerung die Schulen in ganz Deutschland mit der Schulnote 1 oder 2 beurteilen, vergibt die Mehrheit (54%) die Schulnote 3, und 17% vergeben sogar die Noten 4, 5 oder 6 (vgl. Abb. 12). Nach den Schulen im eigenen Bundesland gefragt, erhöht sich der Anteil von guten oder sehr guten Beurteilungen auf 38%. Die allgemeinbildenden Schulen bei den Befragten vor Ort werden wiederum besser benotet: 42% geben ihnen die Note 1 oder 2. Auch wenn sich die Bewertung der Schulen vor Ort bei konsistenter Beurteilung zur gleichen Bewertung aufsummieren sollte wie die Bewertung der Schulen in ganz Deutschland, bewerten die Deutschen ihre Schulen vor Ort im Durchschnitt signifikant besser als die Schulen in Deutschland insgesamt.

Neben einer generellen Beurteilung der Schulen erfragt das ifo Bildungsbarometer auch eine Beurteilung der Schulen vor Ort in Bezug darauf, auf die Bedürfnisse bestimmter

Abb. 12

Welche Note bekommen die deutschen Schulen?

Schulen vor Ort werden besser beurteilt als Schulen insgesamt – schlechte Noten vor allem für Umgang mit Benachteiligten



Frage 1:

Benotung der allgemeinbildenden Schulen Welche Schulnote würden Sie den allgemeinbildenden Schulen geben?

Frage 2 (drei zufällig ausgewählten Teilgruppen gestellt, jeweils beide Fragen je Schülerschaft):

Benotung des Umgangs mit Schülerinnen und Schülern Einige Schulen sind gut darin, bestimmte Schülerinnen und Schüler zu unterrichten, aber nicht so gut darin, andere Schülerinnen und Schüler zu unterrichten. Welche Schulnote würden Sie den Schulen bei Ihnen vor Ort dafür geben, auf die Bedürfnisse folgender Schülergruppen einzugehen?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014.

Schülergruppen einzugehen. Mit dem Hinweis darauf, dass einige Schulen gut darin sind, bestimmte SchülerInnen zu unterrichten, aber nicht so gut darin, andere SchülerInnen zu unterrichten, sollte jeweils eine Teilgruppe der Befragten den Schulen dafür Noten geben, wie sie auf die Bedürfnisse von besonders/weniger begabten SchülerInnen, von SchülerInnen aus einkommensstarken/-schwachen Familien und von SchülerInnen ohne und mit Migrationshintergrund eingehen.

Dabei zeigen sich deutliche Unterschiede. 45% der Befragten beurteilen die Leistung der Schulen bei der Betreuung von besonders begabten SchülerInnen mit gut oder sehr gut, aber nur 31% bei der Betreuung von weniger begabten SchülerInnen. 58% geben den Schulen die Note 1 oder 2 beim Eingehen auf die Bedürfnisse von SchülerInnen aus einkommensstarken Familien, aber nur 32% bei SchülerInnen aus einkommensschwachen Familien. Beim Eingehen auf die Bedürfnisse von SchülerInnen ohne Migrationshintergrund geben 46% der Deutschen den Schulen mindestens eine gute Note, beim Eingehen auf die Bedürfnisse von

SchülerInnen mit Migrationshintergrund sind es hingegen nur 28%. Die Benotung der allgemeinbildenden Schulen fällt also deutlich schlechter aus, wenn es um SchülerInnen mit benachteiligtem Hintergrund – weniger begabt, aus einkommensschwachen Familien oder mit Migrationshintergrund – geht.

Lehrkräfte

Das ifo Bildungsbarometer fragt auch nach der Meinung der Bevölkerung zu den LehrerInnen an deutschen Schulen. Danach befragt, wie sich die Gehälter der LehrerInnen entwickeln sollten, ist der Großteil (63%) der Meinung, dass diese in etwa unverändert bleiben sollten (vgl. Abb. 13). Der Ansicht, dass die Gehälter der Lehrkräfte steigen sollten, sind 29% der Befragten. In der Teilgruppe der Befragten, die die Information erhält, dass vollzeitbeschäftigte Lehrkräfte im Durchschnitt derzeit rund 3 000 Euro netto im Monat verdienen (Datenquelle: Berechnungen anhand des Mikrozensus und der Verdienststrukturerhebung), liegt der Anteil, der sich für Gehaltssteigerungen ausspricht, nur bei 17%. Dementsprechend verdoppelt sich der Anteil der Befragten, die für eine Reduzierung der Lehrergehälter sind, von 8% auf 16%, wenn die Information zur Gehaltshöhe gegeben wird.

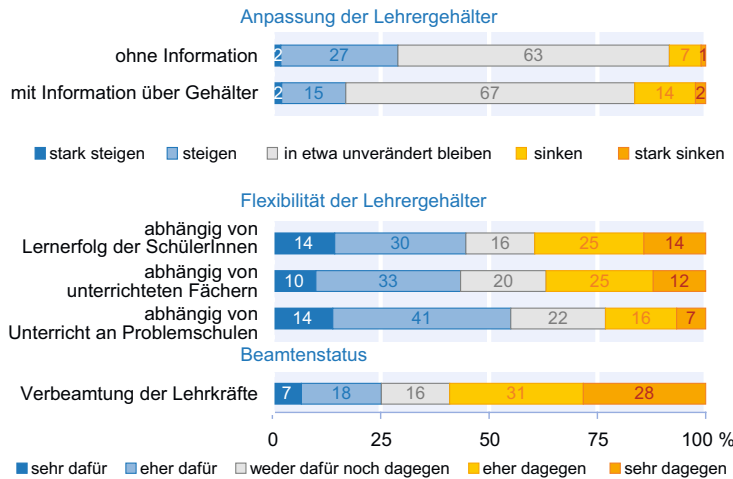
Wie schon bei den Ausgaben für Schulen wurden die Befragten unabhängig von dieser

Frage und deutlich vorher im Fragebogen gebeten, das durchschnittliche Nettomonatsgehalt einer Vollzeitlehrkraft zu schätzen. Rund ein Fünftel schätzt das Gehaltsniveau in etwa richtig ein (höchstens 10% Abweichung vom tatsächlichen Wert),¹⁰ 15% überschätzen das Gehaltsniveau deutlich, knapp zwei Drittel unterschätzen es deutlich. Interessanterweise hat die Informationsbereitstellung bei diesen drei Gruppen sehr unterschiedliche Effekte: Bei denjenigen, die das Gehalt bereits recht genau geschätzt hatten, ändert sich die Zustimmung zu Gehaltserhöhungen zwischen der Teilgruppe ohne und der Teilgruppe mit Gehaltsinformation nicht nennenswert (von 22,3% auf 22,7%). Bei denjenigen, die das Gehalt unterschätzt hatten – die also dergestalt überrascht wurden, dass das Gehalt höher liegt, als sie dachten – sinkt die Zustimmung zu Gehaltserhöhungen in der Teilgruppe mit Gehaltsinformation sehr stark (von 34,1% auf 13,6%). Genau umgekehrt verhält es sich bei denjenigen, die das Gehalt überschätzt hatten: Bei ihnen steigt die Zu-

¹⁰ Rund die Hälfte der Schätzungen fällt in ein Intervall von höchstens 20% Über- oder Unterschätzung.

Abb. 13

Was denken die Deutschen über Lehrergehälter?
 Mehrheit ist für Bonuszahlung beim Einsatz an Problemschulen und gegen Verbeamtung



Frage 1 (jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):
Anpassung der Lehrergehälter – ohne Information [mit Information über Gehälter]
 [In Deutschland verdienen vollzeitbeschäftigte Lehrerinnen und Lehrer im Durchschnitt rund 3 000 Euro netto im Monat.] Was meinen Sie, sollten die Gehälter von Lehrerinnen und Lehrern in Deutschland steigen, sinken oder unverändert bleiben?
Frage 2 (jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):
Flexibilität der Lehrergehälter – abhängig von Lernerfolg der SchülerInnen Sind Sie dafür oder dagegen, einen Teil des Gehalts der Lehrerinnen und Lehrer davon abhängig zu machen, wie viel ihre Schülerinnen und Schüler lernen?
Flexibilität der Lehrergehälter – abhängig von unterrichteten Fächern Manche Schulen sehen sich einem deutlichen Lehrermangel in bestimmten Fächern wie Mathematik und Naturwissenschaften gegenüber. Sind Sie dafür oder dagegen, einen Teil des Gehalts der Lehrerinnen und Lehrer davon abhängig zu machen, ob sie diese Fächer unterrichten oder nicht?
Flexibilität der Lehrergehälter – abhängig von Unterricht an Problemschulen Schulen mit vielen Schülerinnen und Schülern aus benachteiligten Verhältnissen haben deutliche Probleme, gute Lehrerinnen und Lehrer zu finden. Sind Sie dafür oder dagegen, einen Teil des Gehalts der Lehrerinnen und Lehrer davon abhängig zu machen, ob sie in diesen Schulen unterrichten oder nicht?
Frage 3:

Beamtenstatus – Verbeamtung der Lehrkräfte^{a)} Im Großteil der Bundesländer sind die meisten Lehrkräfte zurzeit Beamte, während in anderen Bundesländern die meisten Lehrkräfte Angestellte sind. Sind Sie dafür oder dagegen, dass Lehrerinnen und Lehrer verbeamtet werden?

^{a)} Einem Teil der Befragten wurde die Frage mit zusätzlichem Hinweis auf Pro- und Kontra-Argumente gestellt. Da sich das Antwortverhalten statistisch nicht von der Version ohne Information unterscheidet, wurden diese hier zusammengefasst.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014.

stimmung zu Gehaltserhöhungen in der Teilgruppe mit Gehaltsinformation von 19,8% auf 23,4%. Für die Effekte der Informationsbereitstellung kommt es also sehr darauf an, wie gut die Befragten Bescheid wissen und ob und in welcher Richtung sie von der Information überrascht wurden.

Neben dem allgemeinen Gehaltsniveau haben wir die Teilnehmer auch gefragt, wie sie zu flexibleren Vergütungssystemen für Lehrkräfte stehen, ob also ein Teil des Gehalts der LehrerInnen von bestimmten Bedingungen abhängig gemacht werden sollte. Bei der Frage, ob ein Teil des Gehalts der Lehrkräfte davon abhängen sollte, wie viel ihre Schülerinnen lernen, ist die Meinung geteilt: 44% sind dafür, 39% sind dagegen. Ganz ähnlich verhält es sich bei der Frage, ob

ein Teil des Gehalts der Lehrkräfte davon abhängig gemacht werden sollte, ob sie Fächer unterrichten oder nicht, bei denen es – wie in Mathematik und Naturwissenschaften – in manchen Schulen einen deutlichen Lehrermangel gibt: 43% sind dafür, 37% sind dagegen. Bei den Fragen einer leistungsbezogenen Komponente oder einer fachabhängigen Flexibilisierung der Lehrergehälter zeigt sich also kein eindeutiges Meinungsbild.

Im Gegensatz dazu spricht sich eine Mehrheit der Deutschen (55%) dafür aus, dass ein Teil des Gehalts der Lehrkräfte davon abhängig gemacht werden sollte, ob sie in Schulen mit vielen SchülerInnen aus benachteiligten Verhältnissen unterrichten oder nicht. Nur 23% sind gegen eine höhere Flexibilität der Lehrergehälter in diesem Bereich. Ein »Problemschulbonus« für Lehrkräfte würde in Deutschland offensichtlich breite Akzeptanz finden.

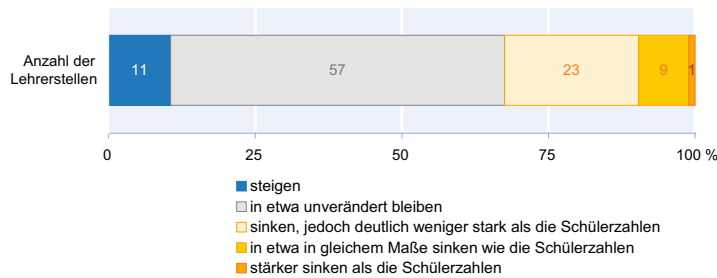
Im Großteil der Bundesländer sind die meisten Lehrkräfte zurzeit Beamte, während in anderen Bundesländern die meisten Lehrkräfte Angestellte sind. Danach befragt, ob sie dafür oder dagegen sind, dass LehrerInnen verbeamtet werden, befürwortet nur ein Viertel der Befragten (25%) die Verbeamtung von Lehrkräften. Deutlich über die Hälfte (59%) spricht sich gegen die Verbeamtung aus. Dieses Meinungsbild unterscheidet sich nicht signifikant in der Teilgruppe der Befragten, die auf Pro- und Kontra-Argumente zur Verbeamtung hingewiesen wurden.¹¹

Da weniger Kinder geboren werden, wird die Zahl der SchülerInnen in Deutschland in den kommenden zehn Jahren voraussichtlich um knapp 10% zurückgehen (Datenquelle: Kultusministerkonferenz 2013). Trotz dieser demographisch bedingt sinkenden Schülerzahl sind die Deutschen kaum für eine entsprechende Anpassung der Anzahl der Lehrkräfte (vgl. Abb. 14). Nur ein Drittel (33%) der Befragten hält eine Reduzierung der Anzahl der Lehrerstellen als Anpassung an den Schülerrückgang für angemessen. Hingegen ist über die Hälfte der Befragten (57%) für eine unveränderte Zahl an Lehrerstellen, 11% sind sogar für einen Ausbau der Lehrerstellen über diesen Zeitraum. Für ein Absinken der Lehrerstellen in etwa im gleichen Ausmaß wie die Schülerzahlen, welches das Schüler-Lehrer-Verhältnis insgesamt konstant halten würde, sprechen sich lediglich 9% der Befragten aus.

¹¹ Diese Teilgruppe erhielt folgenden Hinweis: »Manche sagen, dass der Beamtenstatus Lehrkräften die nötige Unabhängigkeit für ihre Aufgaben gibt. Andere sagen, dass es aufgrund des Beamtenstatus zu schwierig ist, ungeeignete Lehrkräfte zu ersetzen.«

Abb. 14

Wie sollte sich die Zahl der Lehrstellen entwickeln?
Trotz deutlich sinkender Schülerzahlen möchten die Deutschen nicht weniger Lehrstellen



Frage:

Anzahl der Lehrstellen Weil weniger Kinder geboren werden, wird die Zahl der Schülerinnen und Schüler in Deutschland im Laufe der nächsten zehn Jahre voraussichtlich um knapp 10% sinken. Wie sollte sich Ihrer Meinung nach die Zahl der Lehrstellen über diesen Zeitraum entwickeln?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014.

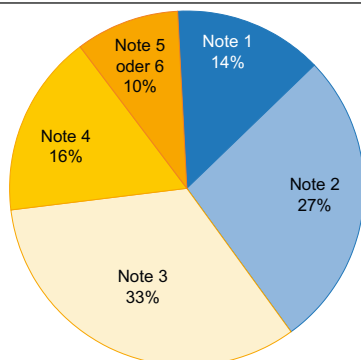
Schließlich werden die Befragten auch gebeten, die LehrerInnen an den Schulen bei ihnen vor Ort für die Qualität ihrer Arbeit zu benoten. Dabei sollten sie nicht eine Note für alle LehrerInnen angeben, sondern jeweils angeben, wie viel Prozent der LehrerInnen die jeweilige Note bekommt. Dabei zeigt sich eine deutliche Streuung der Bewertung der Lehrkräfte (vgl. Abb. 15): 14% erhalten die Note 1, 41% die Note 1 oder 2. Gleichzeitig erhalten aber 10% die Note 5 oder 6 und über ein Viertel die Note 4, 5 oder 6. Ein Drittel der Lehrkräfte wird mit der Note 3 bewertet.

Bildung jenseits der Schulzeit

Auch zu Fragen der Bildung jenseits der Schule hat das ifo Bildungsbarometer ein Meinungsbild erhoben – also zu Berufsausbildung, Studium und Fort- und Weiterbildung.

Abb. 15

Welche Noten bekommen die Lehrkräfte?
Viele mit guten, aber auch viele mit schlechten Noten



Frage^{a)}:

Stellen Sie sich vor, Sie müssten alle Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen bei Ihnen vor Ort für die Qualität ihrer Arbeit benoten. Wie viel Prozent der Lehrerinnen und Lehrer würden Ihrer Meinung nach die folgenden Noten bekommen?

^{a)} Antworten, die sich nicht zu 100% addieren, werden in dieser Abbildung nicht berücksichtigt.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014.

Berufsausbildung

In Deutschland dauert die Berufsausbildung im dualen System in der Regel drei Jahre. Allerdings bricht etwa jeder vierte Auszubildende die Lehre ab, und fast ein Fünftel eines jeden Jahrganges erzielt gar keinen beruflichen Bildungsabschluss. Um Abbruchquoten zu verringern und die Ausbildungs- und Beschäftigungschancen für benachteiligte Jugendliche zu verbessern, hat die Schweiz zusätzlich zweijährige Berufsausbildungen für Jugendliche mit schlechten Ausbildungsaussichten eingeführt.

In Deutschland spricht sich knapp die Hälfte der Befragten (49%) dafür aus, zusätzlich zu

den Berufen mit dreijähriger Ausbildungsdauer auch weniger anspruchsvolle zweijährige Ausbildungsberufe für Jugendliche mit schlechten Ausbildungsaussichten einzuführen (vgl. Abb. 16). Dagegen sprechen sich 37% aus. Dieses Meinungsbild ändert sich auch nicht signifikant in den Teilgruppen der Befragten, die darüber informiert wurden, dass knapp 18% eines jeden Jahrganges keinen beruflichen Bildungsabschluss erzielen oder dass etwa jeder vierte Lehrling die Lehre abbricht (Datenquelle: Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012).

Eine gewisse Verstärkung der Zustimmung kommt allerdings in der Teilgruppe der Befragten zustande, die darüber informiert wurde, dass ein anderes Land zusätzlich zweijährige Berufsausbildungen für Jugendliche mit schlechten Ausbildungsaussichten eingeführt hat: Hier steigt die Zustimmung von 49% ohne Information auf 53% mit dieser Information, die Ablehnung sinkt von 37% auf 31%. Die Einführung zweijähriger Ausbildungsberufe könnte also eine von der Mehrheit akzeptierte Reform sein, um Jugendlichen mit schlechten Ausbildungsaussichten eine weitere Option zu geben.

Studium

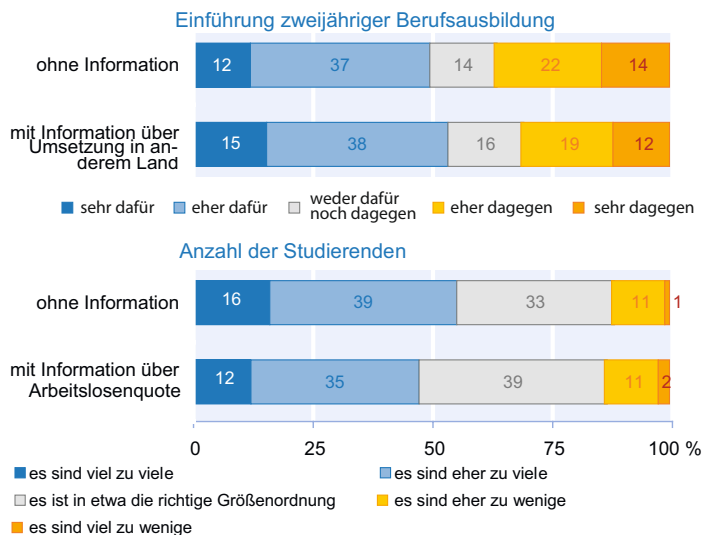
Stetig steigende Studierendenzahlen bei gleichzeitigem Rückgang von abgeschlossenen Ausbildungsverträgen führten unlängst zu kontrovers geführten Debatten um einen angeblichen »Akademisierungswahn«. In der Tat findet über die Hälfte der deutschen Bevölkerung (55%), dass zurzeit (viel oder eher) zu viele Personen in Deutschland ein Studium aufnehmen, während nur 12% denken, es seien (viel oder eher) zu wenige.

Allerdings zahlt sich die Aufnahme eines Studiums trotz der angeblichen »Überakademisierung« auf dem Arbeitsmarkt klar aus: Während die Arbeitslosenquote von Hochschulabsolventen etwa 2% beträgt, sind 5% der Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung und sogar knapp 20% der Personen ohne Berufsbildungsabschluss arbeitslos (Daten-

Abb. 16

Wie soll es nach der Schule weitergehen?

Zweijährige Berufsausbildung könnte sinnvolle Ergänzung sein, deutsche Mehrheit gegen Anstieg der Studierendenzahlen



Frage 1 (jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Einführung zweijähriger Berufsausbildung – ohne Information^{a)} [mit Information über Umsetzung in anderem Land] In Deutschland dauert die Berufsausbildung in der Regel drei Jahre. [In einem anderen Land wurden zusätzlich zweijährige Berufsausbildungen für Jugendliche mit schlechten Ausbildungsaussichten eingeführt.] Sind Sie dafür oder dagegen, zusätzlich weniger anspruchsvolle zweijährige Ausbildungsberufe für Jugendliche mit schlechten Ausbildungsaussichten einzuführen?

Frage 2 (jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Anzahl der Studierenden – ohne Information [mit Information über Arbeitslosenquote] [Personen mit Hochschulabschluss haben derzeit eine Arbeitslosenquote von gut 2%, Personen mit abgeschlossenem Berufsabschluss (Lehre) gut 5% und Personen ohne Berufsbildungsabschluss knapp 20%.] Was denken Sie über die Anzahl der Personen, die derzeit in Deutschland ein Studium aufnehmen?

^{a)} Einem Teil der Befragten wurde die Frage mit zusätzlichem Hinweis auf den Anteil pro Jahrgang, der keinen beruflichen Bildungsabschluss erzielt, bzw. auf die Abbrecherquote in der Lehre gestellt. Da sich das Antwortverhalten statistisch nicht von der Version ohne Information unterscheidet, wurden diese unter "ohne Information" zusammengefasst.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014.

quelle: Weber und Weber 2013). In der Teilgruppe der Befragten, denen diese Information bereitgestellt wurde, sinkt der Anteil derer, die die Anzahl von Studienanfängern für zu hoch halten, auf 47%.

Ein weiteres kontrovers diskutiertes Thema sind die Studiengebühren. Nachdem mehrere Bundesländer Mitte der 2000er Jahre Studiengebühren eingeführt hatten, wurden diese nach und nach in allen Bundesländern wieder abgeschafft. Vor diesem Hintergrund überrascht es, dass es in der deutschen Bevölkerung keineswegs eine absolute Mehrheit gegen Studiengebühren gibt: 47% der Befragten sind dagegen, dass Studierende, die an einer Universität oder Hochschule in Deutschland studieren, einen Teil der Studienkosten durch Studiengebühren tragen, während 40% dafür sind (vgl. Abb. 17). Es ist bemerkenswert, dass der öffentliche Druck zur Abschaffung der Studiengebühren offenbar nicht von der überwiegenden Mehrheit der deutschen

Bevölkerung ausging. Bemerkenswert ist auch, dass die Zustimmung zu Studiengebühren unter den Personen ohne Hochschulstudium mit 42% deutlich höher ausfällt als unter den Personen mit Hochschulstudium mit 31%. Personen, die selbst studiert haben, identifizieren sich vermutlich besonders mit der Situation der Studierenden, und ihr Umfeld profitiert von der Situation ohne Studiengebühren.

Das Meinungsbild zu Studiengebühren dreht sich in signifikanter Weise um in der Teilgruppe der Befragten, die darüber informiert wurden, dass Personen mit einem abgeschlossenen Studium Jahr für Jahr durchschnittlich rund 40% mehr verdienen als Personen mit einer beruflichen Ausbildung (Datenquelle: Berechnung anhand der PIAAC-Daten). Wird diese Information bereitgestellt, so sind 48% der Befragten für Studiengebühren und nur noch 37% dagegen. Unter den Personen ohne Hochschulstudium sprechen sich dann gut 50% für Studiengebühren aus, unter den Personen mit Hochschulstudium 36%.

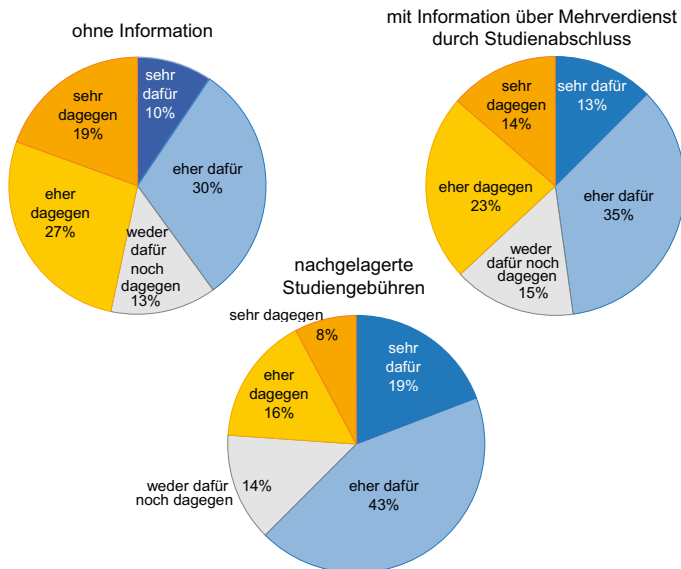
Zwei weitere bereitgestellte Informationen hatten hingegen keine signifikanten Auswirkungen auf das Meinungsbild. Eine Teilgruppe der Befragten erhielt die Information, dass etwa 75% der Kinder aus Akademikerfamilien und etwa 25% der Kinder aus Nicht-Akademikerfamilien ein Studium aufnehmen (Datenquelle: Middendorff et al. 2013) und dass es diesen Unterschied auch schon vor der Einführung von Studiengebühren in Deutschland gab. Eine weitere Teilgruppe der Befragten erhielt die Information, dass Bund und Länder derzeit im Durchschnitt jährlich rund 8 600 Euro für einen Studienplatz an einer Universität oder Hochschule ausgeben. In beiden Fällen unterscheidet sich die Meinung zu Studiengebühren nicht signifikant von dem Fall ohne Informationsbereitstellung.

Eine in der deutschen Debatte wenig diskutierte Alternative zur bisherigen Form der Studiengebühren in Deutschland ist die Erhebung von nachgelagerten Studiengebühren, wie sie etwa in Australien und Großbritannien praktiziert wird. In diesem Modell werden die Studiengebühren erst nach Abschluss des Studiums erhoben, wenn die ehemaligen Studierenden Einkommen erzielen. Die Gebühren müssen nur dann zurückgezahlt werden, wenn das Jahreseinkommen über einem gewissen Schwellenwert liegt. So werden die Studierenden nicht direkt während des Studiums belastet. Und sollte das Studium nicht zum gewünschten höheren Einkommen führen, so

Abb. 17

Sollten Studierende Studiengebühren zahlen?

Keine Mehrheit gegen Studiengebühren – und alternatives Modell nachgelagerter Studiengebühren findet deutliche Zustimmung



Frage 1 (jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

ohne Information^{a)} [mit Information über Mehrverdienst durch Studienabschluss] Nun kommen wir zum Studium. [Personen mit einem abgeschlossenen Studium verdienen Jahr für Jahr durchschnittlich rund 40% mehr als Personen mit einer beruflichen Ausbildung (Lehre).] Sind Sie dafür oder dagegen, dass Studierende, die an einer Universität oder Hochschule in Deutschland studieren, einen Teil der Studienkosten durch Studiengebühren tragen?

Frage 2:

nachgelagerte Studiengebühren In anderen Ländern gibt es Studiengebühren, die erst nach dem Abschluss des Studiums erhoben werden, wenn die ehemaligen Studierenden Einkommen erzielen. Die Gebühren müssen nur dann zurückgezahlt werden, wenn ihr Jahreseinkommen über einem gewissen Schwellenwert liegt. Sind Sie dafür oder dagegen, dass Studierende, die an einer Universität oder Hochschule in Deutschland studieren, einen Teil der Studienkosten durch diese alternative Form von Studiengebühren tragen?

^{a)} Einem Teil der Befragten wurde die Frage mit zusätzlichem Hinweis auf die Studienbeteiligung von Kindern aus Akademiker- und Nicht-Akademikerfamilien bzw. auf die jährlichen Kosten eines Studienplatzes gestellt. Da sich das Antwortverhalten statistisch nicht von der Version ohne Information unterscheidet, wurden diese unter »ohne Information« zusammengefasst.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014.

besteht später auch nicht das Risiko, durch die Studiengebühren in eine Schuldenfalle zu laufen, weil die Gebühren bei niedrigem Einkommen nicht zurückgezahlt werden müssen.

Nach der oben diskutierten Frage zu den Studiengebühren wurden alle Befragungsteilnehmer kurz über dieses alternative Modell informiert und gefragt, ob sie dafür oder dagegen sind, dass Studierende, die an einer Universität oder Hochschule in Deutschland studieren, einen Teil der Studienkosten durch diese alternative Form von Studiengebühren tragen. 62% der deutschen Bevölkerung sprechen sich für dieses Modell der nachgelagerten Studiengebühren aus, nur ein knappes Viertel (24%) ist dagegen. Den Deutschen scheint also wichtig zu sein, dass die Studiengebühren dann und nur dann zu zahlen sind, wenn das Studium tatsächlich zu einem relativ hohen Einkommen geführt hat. Für solch ein Reformmodell der nachgelagerten Studiengebühren würde sich eine deutliche Mehrheit finden.

Fort- und Weiterbildung

Dass lebenslanges Lernen und Bildungsmaßnahmen im Erwachsenenalter nötig sind, um mit den sich immer schneller wandelnden Anforderungen des Arbeitsmarktes mithalten zu können, ist inzwischen hinlänglich bekannt. Der letzte Fragenkomplex des ifo Bildungsbarometers beschäftigt sich damit, wer nach Ansicht der Bevölkerung in Zukunft vor allem für die Bildungsinvestitionen im Erwachsenenalter zahlen sollte.

Fort- und Bildungsmaßnahmen für Erwachsene werden teils von den Personen selbst, teils von ihren Arbeitgebern und teils vom Staat finanziert. Danach gefragt, wie sich die Ausgaben aus diesen drei Quellen entwickeln sollten, spricht sich deutlich über die Hälfte der Befragten dafür aus, dass Arbeitgeber (59%) und der Staat (58%) ihre Weiterbildungsausgaben erhöhen sollten (vgl. Abb. 18). Nur eine kleine Minderheit von 3% bzw. 5% findet hingegen, dass diese ihre Ausgaben senken sollten.

Die Arbeitnehmer selbst sollen dagegen nach Meinung der deutschen Bevölkerung nicht in stärkerem Ausmaß an den Kosten für Bildungsmaßnahmen beteiligt werden. Etwa die Hälfte (49%) denkt, dass die Ausgaben der Personen selbst unverändert bleiben sollten. Ein Viertel der Befragten (25%) meint sogar, dass die Weiterbildungsausgaben der Personen selbst sinken sollten. Während zusätzliche Ausgaben für lebenslanges Lernen von Arbeitgebern und öffentlicher Hand also sehr begrüßt werden, scheint die Akzeptanz für zusätzliche Fort- und Weiterbildungsausgaben zulasten der Personen selbst sehr begrenzt zu sein.

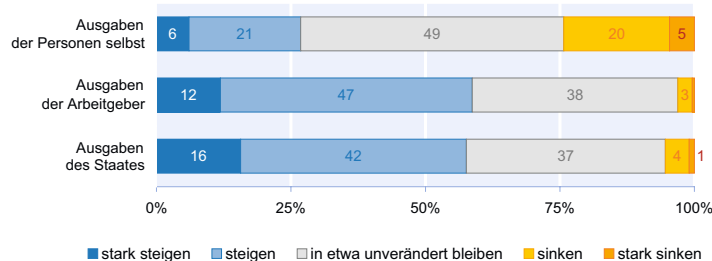
Zusammenfassung

Die Meinung der Deutschen zur Bildungspolitik ergibt ein vielschichtiges Bild. In einigen Bereichen wie verpflichtendem und kostenfreiem Kindergarten, Ganztagschulsystem, Inklusion, deutschlandweiten Abiturprüfungen, Abschaffung der Verbeamtung von Lehrkräften oder Zulagen für in Problemschulen unterrichtende Lehrkräfte herrscht eine deutliche Bereitschaft zu grundlegenden Reformen. In anderen Bereichen hingegen werden Reformen eher abgelehnt, so beispielsweise das Betreuungsgeld, das G8 oder eine Abschaffung

Abb. 18

Wer soll die Fort- und Weiterbildung finanzieren?

Die Deutschen sehen Staat und Arbeitgeber in der Pflicht bei der Bildung im Erwachsenenalter

**Frage:**

Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Erwachsene werden teils von den Personen selbst, teils von ihren Arbeitgebern und teils vom Staat finanziert. Was meinen Sie, sollten die Ausgaben für Fort- und Weiterbildung im Erwachsenenalter aus diesen drei Quellen steigen, sinken oder unverändert bleiben?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014.

fung von Schulnoten und Klassenwiederholungen.¹² In wieder anderen Bereichen gibt es derzeit keine Mehrheiten für oder gegen Reformen – so etwa bei der Frage, ob ein Teil des Gehalts der LehrerInnen davon abhängig gemacht werden sollte, wie viel ihre SchülerInnen lernen oder ob sie Fächer mit deutlichem Lehrermangel unterrichten. All dies heißt nicht, dass die jeweiligen Reformen »gut« oder »schlecht« wären, dass sie der Gesellschaft insgesamt nützen oder schaden würden. Aber die dargestellten öffentlichen Meinungen stellen Chancen und Hindernisse im politischen Reformprozess dar.

Vor allem aber geben die geäußerten Meinungen auch Hinweise darauf, mit welchen Argumenten die Unterstützung für Reformprozesse erhöht werden könnte. So zeigt sich beispielsweise, dass die Ablehnung von Studiengebühren in Zustimmung umschlägt, wenn Einkommensunterschiede offengelegt und insbesondere, wenn die Studiengebühren nachgelagert erhoben werden. Auch wird eine knappe Minderheit, die für eine Aufteilung auf verschiedene Schularten frühestens nach der sechsten Klasse ist, zu einer deutlichen Mehrheit, wenn darauf hingewiesen wird, in welcher Ausnahmesituation Deutschland hier weltweit steht. Ebenfalls erhöht sich die Zustimmung zur Einführung von zweijährigen Berufsausbildungen, wenn darauf hingewiesen wird, dass ein anderes Land diese bereits eingeführt hat. In den meisten anderen Fragen des Schulsystems – Ganztagschule, G8, Klassenwiederholung, Abschlussprüfungen, Verbeamtung –

¹² Wie der Kasten 2 »Effekte des Fragedesigns« verdeutlicht, haben ausgewählte Spezifika des Fragedesigns keine bedeutsamen Auswirkungen etwa auf die Meinungen zum kostenfreien Kindergarten, zur Verbeamtung oder zum G8.

haben die bereitgestellten Informationen hingegen eher wenig Effekte auf die zum Ausdruck gebrachte Meinung.

Deutliche Effekte haben bereitgestellte Informationen wiederum bei vielen Fragen zu den Bildungsausgaben. So sinkt die Bereitschaft für zusätzliche Bildungsausgaben wie auch für höhere Lehrergehälter deutlich, wenn über das derzeitige Ausgaben- bzw. Gehaltsniveau informiert wird. Ebenso verändern sich die Präferenzen für Ausgaben in verschiedenen Bildungsbereichen durch solche Informationen deutlich. Vor allem aber hat das Bewusstmachen der existierenden Tradeoffs deutliche Effekte auf die geäußerten Meinungen: Eine deutliche Mehrheit für Ausgabener-

höhungen für Schulen verwandelt sich in eine deutliche Minderheit, wenn auf die Notwendigkeit der Steuerfinanzierung öffentlicher Ausgaben hingewiesen wird. Und eine überwältigende Mehrheit für kleinere Schulklassen wird zu einer Minderheit, wenn darauf hingewiesen wird, wieviel man mit denselben Mitteln stattdessen in Lehrmittel oder Schulgebäude investieren könnte.

All dies sind nur erste Erkenntnisse aus dem ersten ifo Bildungsbarometer. Zukünftige Forschung mit dem neuen detaillierten Datensatz wird unter anderem genauer untersu-

Kasten 2 Effekte des Fragedesigns

Die Ergebnisse des ifo Bildungsbarometers haben gezeigt, dass inhaltliche Variationen der Fragen – wie etwa die Bereitstellung von Information oder die Nennung von Argumenten – deutliche Auswirkungen auf die Meinungen der Befragten haben können. Im Gegensatz dazu zeigen weitere in die Befragung integrierte Untersuchungen, dass Details im Fragedesign das Antwortverhalten eher nicht grundlegend beeinflussen.

Um die Effekte verschiedener Fragenarten zu untersuchen, wurden drei zufällig ausgewählten Teilgruppen der Befragten jeweils eine andere Version der Frage nach der Verbeamtung der Lehrkräfte (vgl. Abb. 13) gestellt: »Sind Sie dafür oder dagegen, dass Lehrerinnen und Lehrer verbeamtet werden?«, »Was halten Sie davon, dass Lehrerinnen und Lehrer verbeamtet werden?« und »Inwieweit stimmen Sie folgender Aussage zu: Lehrerinnen und Lehrer sollten verbeamtet werden.« Die Antworten auf diese drei Fragenversionen unterscheiden sich nicht in signifikanter Weise voneinander.

Ein weiterer Parameter in der Fragengestaltung ist die Anzahl der Antwortkategorien. Generell arbeiten wir bei den meisten Fragen mit fünf Antwortkategorien: »sehr dafür«, »eher dafür«, »eher dagegen«, »sehr dagegen« und »weder dafür noch dagegen«. Bei der Frage nach dem kostenfreien Kindergarten (vgl. Abb. 7) ergibt sich dabei eine Aufteilung von 57%, 27%, 6%, 4% und 7%, was zusammengefasst einer Zustimmung von 83%, einer Ablehnung von 10% und einem weder-noch von 7% entspricht. Einer Teilgruppe der Befragten haben wir diese Frage mit nur drei Antwortmöglichkeiten gestellt: »dafür«, »dagegen« und »weder dafür noch dagegen«. Dabei ergibt sich eine Aufteilung von 78% Zustimmung, 7% Ablehnung und 14% weder-noch. Tendenziell entscheiden sich also Einige, die »eher dafür« oder »eher dagegen« sind, in diesem Fall für die neutrale Kategorie. Insgesamt hat dies aber keine substantiellen Auswirkungen auf die Interpretation. Gibt man einer weiteren Teilgruppe der Befragten nur die beiden Antwortmöglichkeiten »dafür« und »dagegen«, so ergibt dies eine Zustimmung von 85% und eine Ablehnung von 15% – also wiederum keine substantiell andere Aussage.

Schließlich haben wir auch den Einfluss verschiedener Formulierungen einer Frage untersucht. Ob die Dauer der Gymnasialzeit (vgl. Abb. 11) mit »nach acht Jahren Gymnasium (G8) statt nach neun Jahren Gymnasium (G9)« oder mit »nach zwölf Schuljahren statt nach dreizehn Schuljahren« abgefragt wird, hat keine statistisch signifikante Auswirkung auf die Zustimmung zu dieser Frage.

Diese zusätzlichen Untersuchungen legen nahe, dass das hier berichtete Meinungsbild nicht grundlegend von Details der Ausgestaltung und spezifischen Ausformulierung von Fragen abhängt.

chen, welche Unterschiede zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen – etwa nach Geschlecht, Alter, Region, Bildungsstand, Einkommen, Elternstatus oder Parteipräferenz – bestehen, um die mögliche Bedeutung spezifischer Interessengruppen besser zu verstehen. Eine Reihe von Schätzfragen über die aktuelle Bildungssituation wird auch tiefgreifendere Analysen der Bedeutung unvollständiger Informationen und der Abweichung der wahrgenommenen von der tatsächlichen Situation für die ausgedrückte Meinung ermöglichen. Zusätzlich wird die Kooperation mit der Forschergruppe an der Harvard Universität einen Vergleich zwischen Deutschland und den USA erlauben. Und viele weitere spannende Bildungsthemen konnten im vorliegenden ersten ifo Bildungsbarometer aus Kapazitätsgründen noch gar nicht abgedeckt werden. Darum ist das ifo Bildungsbarometer auch keine Eintagsfliege: Für die nächsten beiden Jahre sind bereits weitere jährliche Meinungsumfragen geplant.

Literatur

- Aktionsrat Bildung (2011), *Gemeinsames Kernabitur: Zur Sicherung von nationalen Bildungsstandards und fairem Hochschulzugang*, Waxmann, Münster.
- Aktionsrat Bildung (2013), *Zwischenbilanz Ganztagsgrundschulen: Betreuung oder Rhythmisierung?*, Waxmann, Münster.
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012), *Bildung in Deutschland 2012: Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur kulturellen Bildung im Lebenslauf*, W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld.
- Baumert, J., P. Stanat und R. Watermann (2006), »Schulstruktur und die Entstehung differenzieller Lern- und Entwicklungsmilieus«, in: J. Baumert, P. Stanat und R. Watermann (Hrsg.), *Herkunftsbedingte Disparitäten im Bildungswesen: Differenzielle Bildungsprozesse und Probleme der Verteilungsgerechtigkeit Vertiefende Analysen im Rahmen von PISA 2000*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 95–188.
- Buchanan, J.M. und G. Tullock (1962), *The Calculus of Consent: Logical Foundations of Constitutional Democracy*, The University of Michigan Press, Ann Arbor, MI.
- Busemeyer, M.R. und C. Trampusch (Hrsg.) (2012), *The Political Economy of Collective Skill Formation*, Oxford University Press, Oxford.
- Cattaneo, M.A. und S.C. Wolter (2009), »Are the Elderly a Threat to Educational Expenditures?«, *European Journal of Political Economy* 25(2), 225–236.
- Glomm, G., B. Ravikumar und I.C. Schiopu (2011), »The Political Economy of Education Funding«, in: E.A. Hanushek, S. Machin und L. Wößmann (Hrsg.), *Handbook of the Economics of Education*, Vol. 4, North Holland, Amsterdam, 615–680.
- Gradstein, M., M. Justman und V. Meier (2005), *The Political Economy of Education: Implications for Growth and Inequality*, MIT Press, Cambridge MA.
- Hanushek, E.A. (2003), »The Failure of Input-Based Schooling Policies«, *Economic Journal* 113(485), F64–F98.
- Hanushek, E.A. und L. Wößmann (2011), »The Economics of International Differences in Educational Achievement«, in: E.A. Hanushek, S. Machin und L. Wößmann (Hrsg.), *Handbook of the Economics of Education*, Vol. 3, North Holland, Amsterdam, 89–200.
- Hanushek, E.A. und L. Wößmann (2012), »Do Better Schools Lead to More Growth? Cognitive Skills, Economic Outcomes, and Causation«, *Journal of Economic Growth* 17(4), 267–321.
- Henderson, M.B., W.G. Howell und P.E. Peterson (2014), »Information Fuels Support for School Reform«, *Education Next* 14(2), 26–35.
- Howell, W.G., M.R. West und P.E. Peterson (2007), »What Americans Think about their Schools: The 2007 Education Next-PEPG Survey«, *Education Next* 7(4), 12–26.
- Klemm, K. (2009), *Klassenwiederholungen – teuer und unwirksam: Eine Studie zu den Ausgaben für Klassenwiederholungen in Deutschland*, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.
- Kultusministerkonferenz (2013), *Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen 2012 bis 2025*, Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz Nr. 200, Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin.
- Middendorff, E., B. Apolinarski, J. Poskowsky, M. Kandulla und N. Netz (2013), *Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2012: 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch das HIS-Institut für Hochschulforschung*, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Berlin.
- Olson, M. (1965), *The Logic of Collective Action: Public Goods and the Theory of Groups*, Harvard University Press, Cambridge, MA.
- Pekkarinen, T. (2014), »School Tracking and Intergenerational Social Mobility«, *IZA World of Labor* 214, 56.
- Statistisches Bundesamt (2013), *Bildungsausgaben: Ausgaben je Schüler/-in 2010*, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2014a), *Bildungsfinanzbericht 2013*, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2014b), *Finanzen und Steuern: Rechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte 2011*. Fachserie 14, Reihe 3.1, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.
- Weber, B. und E. Weber (2013), *Bildung ist der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit*, IAB-Kurzbericht 4, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg.
- Wößmann, L. (2009), »International Evidence on School Tracking: A Review«, *CESifo DICE Report – Journal for Institutional Comparisons* 7(1), 26–34.